Amtlicher Anzeiger des Landratsamtes Borken, von Bürgermeisterämtern und Aemtern des Kreises Borken.

Geschäftsstellen: Bocholt, Realschulstr. 14. Fernsprech-Sammel-Nr. 3054. — Rhede: Jos. Heinrichs. — Anholt: W. Wolsing. — Werth: Th. Parras. — Isselburg: Johann Welling. Ringenberg: Schniedertöns. — Dingden: Willy Schmitz.

Organ der Zentrumspartei.

Postversandort: Dortmund.

Bocholter-Borkener Volksblatt

Postverlagsort: Bocholt.

Bezugspreise im Monat: Abgeholt von der Geschäftsstelle 1.95, ins Haus gebracht einschl. 25 Pfg. Botenlohn 2.20, durch die Post einschl. 42 Pfg. Bestellg. 2.52. In Fällen höherer Gewalt, wie Streik, Sperre, Betriebsstörung usw. hat der Bezieher keinen Anspruch auf Lieferung od. Rückzahl.

Anzeigenpreise: Für das einspaltige Millimeter 12 Pfg., lokale Anzeigen 7,7 Pfg. Familienanzeigen 7,7 Pfg., kleine (Gelegenheits-) Anzeigen 6,6 Pfg., behördliche und parteipolitische Anzeigen 10 Pfg. Für den allgemeinen (Sene-) Teil gelten besondere Tarife. Bei Klageerhebung, Vergleichen, Konkursen fällt der bewilligte Rabatt fort. — Gerichtsstand ist für beide Teile Bocholt.

Rhedder Volkszeitung. Amtliches Kreisblatt des Stadtkreises Bocholt u. des Landkreises Borken. Anholter u. Isselburger Zeitung.

Nummer 77 | Samstag, den 18. März 1933 | Jahrgang 1933

Tagesfragen.

Die Zukunft der Gewerkschaften. Die Schließung von Gewerkschaftshäusern hat, obwohl es sich allein um solche der freien Gewerkschaften gehandelt hat, in gewerkschaftlichen Kreisen allgemein gewisse Befürchtungen aufkommen lassen. Soll die Arbeit vieler Jahre, so fragt man sich, jetzt ihr Ende finden? Soll es in Deutschland werden wie in Italien, wo nur vom faschistischen Staat beaufsichtigte Syndikate an die Stelle der Arbeiterorganisationen getreten sind, wo diese Syndikate mit den Vertretungen der Arbeitgeber zu örtlichen Korporationen, zu Landesverbänden und zu einem Nationalen Rat der Korporationen zusammengeschlossen sind, wo für Arbeitskämpfe ein Verbot besteht und Streitigkeiten nur durch das Arbeitsgericht zu entscheiden sind? Eine Antwort auf diese Fragen stellt ein im nachfolgenden Abschnitt zitierter Satz des Vizekanzlers von Papen in einer gestern in Breslau gehaltenen Rede dar. Nicht minder bemerkenswert ist folgende Verlautbarung des Preußischen Pressedienstes der NSDAP:

„In diesen Tagen der nationalen Revolution wurden von SA-Leuten in den verschiedensten Städten die Häuser der sogenannten Freien Gewerkschaften besetzt. Ein Teil der bürgerlichen Presse glaubt nun aus dieser Tatsache auf eine Gewerkschaftsfeindlichkeit der NSDAP schließen zu müssen. Nichts ist irriger als diese Annahme. Daß der Nationalsozialismus die Gewerkschaft als natürliche Vertretung der Interessen der Handarbeiterschaft bejaht und sich ausschließlich gegen die Verfälschung des gesunden gewerkschaftlichen Gedankens durch engstirnige marxistische Parteipolitik wendet, zeigt der Aufruf des Standartenführers aus Großbochum. Hier heißt es: „Wir werden die Gewerkschaftshäuser freigeben, aber die Bonzen zwingen, dem deutschen Arbeiter zu dienen. Marxistische Betätigung ist verboten!“ Weiter wird gesagt, daß das Gewerkschaftsgebäude wieder freigegeben wird unter der Bedingung, daß ausschließlich sozialpolitische Fürsorge für die Arbeiterschaft geleistet wird. Jede staatsfeindliche Betätigung jedoch im Dienste des Marxismus wird mit allem Nachdruck untersagt. Diese Anordnung ist der beste Beweis dafür, daß der Nationalsozialismus den Gewerkschaften eindeutig ihre Aufgabe im Dienste für das Volk zuweist. Diese Arbeit kann aber niemals darin bestehen, marxistische Parteipolitik zu betreiben.“

Mit dieser nationalsozialistischen Auffassung stimmt zwar nicht bis zum letzten i-Pünktchen der gestern in einer sehr bedeutsamen Kundgebung in Essen bekanntgegebene Standpunkt der christlichen Gewerkschaften überein. Aber die dort gehaltenen Reden der Führer dieser aus Ablehnung des Sozialismus entstandenen christlichen Arbeiterbewegung, die sich in schweren Jahren gegenüber der freigewerkschaftlichen Bewegung durchgekämpft hat, zeigen doch, daß das christliche Gewerkschaftsprogramm in keiner Weise im Gegensatz steht zu den ethischen und staatspolitischen Grundsätzen, die im neuen Reich für das Verhältnis der Arbeitnehmer zu den Arbeitgebern und zum Staat maßgebend sein sollen, wenn man diesbezüglichen Aeußerungen heute maßgeblicher Persönlichkeiten Vertrauen schenken darf. Es gibt gewiß für den christlichen Arbeiter als politisches Individuum manches, was sich mit seinen Auffassungen nicht decken wird. Aber das spricht hier nicht mit. Hier kommt es auf den Gesamtwillen der christlichen Arbeiterschaft an, und der zeigt, so wie er gestern kundgegeben worden ist, welch wertvolles christliches und nationales Gedankengut von den christlichen Gewerkschaften von den Zeiten ihrer Gründung an bis auf den heutigen Tag bewahrt und gepflegt worden ist. Dem Staate zu dienen in jeder Form — das ist ein echt christlicher Standpunkt. Es ist der Standpunkt der christlichen Gewerkschaften und auch ein Standpunkt, den wir vom Politischen her teilen, auch wenn wir über manches unsere eigene Meinung haben und uns zu äußern immer vorbehalten.

*

Vizekanzler von Papen Reichsaußenminister? Nachdem der Vorstand der nationalsozialistischen Preußenfraktion seine Meinung bekannt gegeben hat, daß nur ein Nationalsozialist in Preußen Ministerpräsident werden könne, und da für die Wahl des Ministerpräsidenten die Stimmen der nationalsozialistischen Abgeordneten im Landtag bei Abwesenheit der Kommunisten voll ausreichen, beschäftigt man sich in politischen Kreisen mit der Frage, was dann der Vizekanzler von Papen für eine Aufgabe bekommen werde. Es wird zwar auch darauf hingewiesen, daß für den Führer der nationalsozialistischen Partei, von dessen Entscheidung auch die Frage abhängt, wen die Fraktion zum Ministerpräsidenten wählen wird, der Beschluß des Fraktionsvorstandes nicht maßgebend sei, und daß doch gemäß der ursprünglichen Annahme von Papen, der ja nicht nur Vizekanzler ist, sondern bisher als Hauptarbeitsgebiet die kommissarische Wahrnehmung der Geschäfte des preußischen Ministerpräsidenten hat, an die Spitze der neuen preußischen Staatsregierung gewählt werden würde. Nun aber verlautet, und nicht zum ersten Male, daß in der Leitung des Auswärtigen Amtes ein Wechsel eintreten werde. Der Nachfolger des bei einem Flugzeugunglück vor ein paar Jahren zu Tode gekommenen Freiherrn

(Fortsetzung siehe 2. Seite.)

Die christlichen Gewerkschaften im neuen Reich.

Eine programmatische Kundgebung in Essen. – Neue Richtlinien der christlichen Gewerkschaften. – Stegerwald über die Versäumnisse der Sozialdemokratie. – Treugelöbnis: „Wir dienen dem Staat in jeder Form“.

Für berufsständische Gemeinschaftsarbeit.

+ **Essen**, 17. März.

Aus allen Städten und Gauen unseres Vaterlandes waren die Mitglieder des Ausschusses im Gesamtverband der christlichen Gewerkschaften Deutschlands heute im Städtischen Saalbau in Essen versammelt, um zu der gegenwärtigen Lage eingehend Stellung zu nehmen. Hauptaufgabe der bedeutsamen Tagung war, die Haltung der christlichen Gewerkschaften zu einer sinnvolleren Gestaltung der sozialen und wirtschaftlichen Verhältnisse im Sinne einer berufsständischen Ordnung zu erörtern und vor aller Oeffentlichkeit klar herauszustellen. Leitmotiv der Tagung war die Devise: Für Ordnung und Freiheit! Um diese Parole gruppierten sich drei bedeutsame Referate, die von Professor Dr. Brauer-Köln, dem Vorsitzenden des Gesamtverbandes der christlichen Gewerkschaften Otte und dem Reichsarbeitsminister a. D. Dr. Stegerwald unter starkem Beifall aller Tagungsteilnehmer gehalten wurden.

Der Verbandsvorsitzende Otte

wies in seinen einleitenden Worten darauf hin, daß die christlich-nationalen Gewerkschaften entstanden sind aus den weltanschaulichen Kräften und dem Glaubensgut der christlichen Arbeiterschaft. Ihr Programm, so führte er aus, wurzelt in dem Gedanken an die schicksalhafte Verbundenheit aller Volksgenossen und in echtem Volkstum. Die Klassenkampfauffassung, die Wesensbestandteil jenes Marxismus ist, der die sozialen Spannungen bis ins Ungemessene steigert, jene Auffassung, die nur Gegensätze sieht und gelten läßt, haben die christlichen Gewerkschaften von jeher abgelehnt.

Wie auch immer die Verhältnisse sich gestalten, die christlichen Gewerkschaften können und werden keine Grundsätze aufgeben.

Wir sind zutiefst von der Erkenntnis durchdrungen, daß die christlich-nationalen Grundsätze immer Ausgangspunkt des Schaffens sein müssen, wenn dieses Schaffen segensreich für Volk und Vaterland sein soll.

Wir wollen vom Boden unserer altbewährten Grundsätze aus diejenigen Erfordernisse und Maßnahmen herausstellen, die zu einer sinnvolleren Gestaltung unseres sozialen Lebens führen können. Diese Notwendigkeit ist angesichts der gegenwärtigen Erschütterungen, die wir durchmachen, in besonderem Maße gegeben. Letzten Endes offenbart sich in den revolutionären Ereignissen doch mehr als nur eine Unzufriedenheit mit den politischen und staatlichen Verhältnissen. Wir sind tief davon durchdrungen, daß in dieser Umwälzung auch das stürmische Sehnen und Verlangen der schaffenden Menschen nach einer Neugestaltung unserer sozialen Verhältnisse, nach einer Neuordnung des Verhältnisses zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern zum Ausdruck kommt. Es ist eine der wichtigsten und größten Aufgaben, dieses berechtigte Sehnen der Massen zu stillen. Und der Staatsmann und die Regierung werden sich das größte Verdienst erwerben und sich ein unvergängliches Denkmal setzen, die nicht nur eine allseitig tragbare, sondern auch eine solche Lösung herbeiführen, die mehr Frieden und Freiheit, mehr Glück und Segen für das ganze Volk, insbesondere aber für die lohnarbeitenden Schichten des Volkes bringt.

Wir haben unsere Freiheit und Unabhängigkeit gegenüber den politischen Parteien jederzeit gewahrt und haben gemeinsam — evangelische und katholische Arbeiter — ohne Unterschied der parteipolitischen Richtung an der Erfüllung unserer Aufgaben gearbeitet. Nun kann zugegeben werden, daß die aufgewühlten politischen Zeiten und die sich häufenden gespannten politischen Vorgänge — angefangen von der Reichspräsidentenwahl bis hinein in die Jetztzeit — die Gewerkschaften stark in die politische Atmosphäre hineingezogen haben. Aber

wir schämen uns des Eintretens für den allverehrten Herrn Reichspräsidenten v. Hindenburg nicht, sondern wir glauben, daß wir, wenn unter gleichen Verhältnissen erneut eine solche Situation an uns heranträte, wiederum nicht anders handeln könnten.

Niemand wünscht aber sehnlicher als wir, daß die Zeiten des politischen Haders bald vorbei sein mögen und daß auch wir uns auf die ureigensten Aufgaben der Gewerkschaften konzentrieren können. (Starker Beifall.) Wir wenden uns nach wie vor entschieden gegen eine Sozialidee, die wohl Wohltaten, aber keine Rechte für die lohnarbeitenden Volksschichten kennt.

Für den zukünftigen Neuaufbau können die christlichen Gewerkschaften nicht nur wertvolle Bausteine liefern, sondern sie wollen das auch und stellen sich bewußt in den Dienst der großen Sache. Wir lassen aber keinen Zweifel darüber, daß wir das, was manche Kreise in den letzten Jahren als berufsständische Ordnung vertreten und verlangt haben, ablehnen. Zunächst: wir beschränken uns auf das Gebiet, das uns ureigen ist, auf das Gebiet des wirtschaftlichen und sozialen Lebens. Wir wollen hier nicht übergreifen auf das eigentliche Gebiet des staatspolitischen Aufbaues.

Der Leitgedanke unserer Tagung ist: Ordnung und Freiheit! Er gilt auch für die berufsständische Ordnung, die wir auf wirtschaftlichem und sozialem Gebiet erstreben.

Wohl erkennen wir an, daß der Staat in die Verhältnisse eingreifen, der Entwicklung die Wege bahnen, das Ganze in erster Linie fördernde Richtung leiten muß und daß er dazu nicht nur das Recht, sondern erforderlichenfalls auch die Pflicht hat. Aber wir würden es für einen großen Fehler halten, wenn Einrichtungen, die aus dem freien Willen und Entschluß ihrer Angehörigen entstanden und die organisch aus dem Leben des Volkes gewachsen sind, nun zwangsläufig unterbunden oder in eine ihnen fremde Richtung gedrängt werden sollten.

Uns scheint vielmehr der Zeitpunkt gekommen, wo die Organisationen der Arbeitgeber und Arbeitnehmer, die Arbeitgeberverbände und die Gewerkschaften von sich selbst aus die Initiative zu einem großen Werk berufsständischer Arbeit auf dem Boden der Selbstverwaltung und Selbstverantwortung ergreifen sollten.

Eine zielbewußte Regierung könnte den Willen zu einer berufsständischen Gemeinschaftsarbeit auf dem Boden der gegenseitigen Anerkennung nicht nur neu beleben und ihn stark machen, sondern ihm auch die Wege ebnen und Aufgabengebiete zuteilen.

Weitgehend soll der berufsständische Aufbau seine Form dadurch finden, daß die Produktionszweige in paritätischer Selbstverwaltung arbeiten. Dementsprechend sollen sie ihre Organe aufbauen.

Streitigkeiten, die entstehen, vor allem auch Lohnstreitigkeiten, können durch gemeinsam besetzte Instanzen aus der Welt geschafft werden. Wo es sich um Fragen handelt, die über den Rahmen des einzelnen Berufszweiges hinausgehen, kann eine Instanz, die mehr überberuflich zusammengesetzt ist, entscheiden. Erforderlichenfalls muß die letzte Entscheidung beim Staate liegen.

Der Aufgaben für eine gemeinsame Regelung sind unendlich viele. Man braucht hier nur — außer der Regelung der Lohn- und Arbeitsbedingungen — an die Frage der Berufserziehung, der Preisgestaltung, usw. zu erinnern. In der Preisgestaltung könnten in bestimmten Fällen, damit die Interessen der Allgemeinheit mitgewahrt bleiben, Vertreter der abnehmenden Kreise mitwirken. Ein gewaltiges Gebiet tut sich weiter in der berufslichen Ausgestaltung der Sozialpolitik auf.

Wir haben nie einen Monopolgedanken vertreten. Im Gegenteil: wir haben uns in der Vorkriegszeit besonders scharf gegen Monopolansprüche anderer wehren müssen. Allerdings gilt eine Vorbedingung auch heute noch: Wer auf Arbeitnehmerseite mittun und mitspielen will, muß das Merkmal einer ehrlichen und unabhängigen Interessenvertretung in sich tragen, denn sonst wird das Werk mit Hypotheken belastet, die seinen Bestand gefährden und die seiner Zweckbestimmung zuwider sind.

Unsere Bewegung ist im Kampf groß geworden. Nun wollen wir auf einem Gebiet, das der ureigensten Interessensphäre der Gewerkschaften unterliegt und das wesentlich mitentscheidend für die deutsche Zukunft sein wird, Wege in die Zukunft weisen. Diese Wege und Vorschläge gelten einer

Sozialordnung, die organisch in deutschem Geiste, in Selbstverantwortung und Freiheit und Disziplin wachsen und wirken soll.

Indem wir mit unserem Willen an die Oeffentlichkeit treten und für die Verwirklichung unseres Zieles arbeiten, glauben wir, nicht nur den arbeitenden Schichten, sondern zugleich auch der Volksgesamtheit zu dienen in der Weise, daß Friede, Freiheit und Ordnung festgegründet sind in dem Lande, in dem wir geboren und zu hingebender Arbeit verpflichtet sind, nämlich in unserem deutschen Vaterlande. (Stürmischer Beifall.)

Der zweite Referent, der aus der Christlichen Gewerkschaft hervorgegangene

Universitätsprofessor Dr. Theodor Brauer

sprach über die programmatische Einstellung der christlichen Gewerkschaften. Schon in der letzten Nummer des „Zentralblattes der christlichen Gewerkschaften Deutschlands“ hat der Redner mitgeteilt, daß demnächst Richtlinien der christlichen Gewerkschaften, welche das Programm dieser Gewerkschaften umreißen, erscheinen werden. Diese von einer Kommission ausgearbeiteten Richtlinien knüpfen, wie Prof. Dr. Brauer heute ausführte, in ihrem ersten Teil, der die gesellschafts- und wirtschaftspolitischen Grundlinien bringt, an die doppelte Funktion der christlichen Gewerkschaften an, die sich zugleich als wirtschaftliche Interessenvertretung und als Glied der sozialen Bewegung ansehen. Aus dieser Verbindung ergibt sich sofort der Brückenschlag zwischen Wirtschaft und Gesellschaft und die Unterordnung der Wirtschaft unter das Prinzip einer sozialen Ordnung, die sich hier an den christlichen Grundprinzipien orientiert.

Natürlich beginnt eine gewerkschaftliche Zielkundgebung mit der Lohnfrage.

Der Lohn ist für den Arbeitnehmer sein Einkommen. Und es ist nach natürlicher und christlich-sozialer Auffassung die geordnete und dem jeweiligen Kulturstand angemessene Lebenshaltung des Arbeitnehmers Voraussetzung der Persönlichkeitsentfaltung, die der Arbeitnehmer wie jeder andere Mensch Gott und sich selbst schuldig ist. Im einzelnen wird begründet, daß und warum der Lohn Familienlohn sein müsse. Hieraus ergeben sich besondere Schlußfolgerungen für die Sicherung der Stellung des Familienvaters in der Wirtschaft, die sich vor allem auf eine entsprechende Einflußnahme auf das Arbeitsangebot erstrecken. Die dann folgenden Darstellungen behandeln das schwierige Gebiet der Verbindung geordneter Gestaltung der Lohn- und Arbeitsbedingungen mit der Sicherstellung der Ergiebigkeit der Produktion. In aller Nüchternheit wird das Bestehen natürlicher Interessengegensätze zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern betont, zugleich aber die Ueberhöhung des Interessengegensatzes durch das beiderseitige Interesse am Gedeihen von Produktionszweig und Gesamtwirtschaft aufgezeigt. Und auch die Handhabung der Kampfmittel findet sich in diesem Zusammenhang einbezogen.

Das christliche Gewerkschaftsprogramm begründet, im Gegensatz zu dem sozialistischen Klassenkampfgedanken, die Idee der Leistungsgemeinschaft aller in den einzelnen Produktionszweigen jeweils tätigen Menschen und schildert im einzelnen den Aufbau einer berufsständischen Ordnung.

Auch der unleugbaren Tatsache, daß sich aus der Zusammenarbeit aller Beteiligten leicht ein Gruppenegoismus entwickelt, ist Rechnung getragen, und zwar vor allem durch die Forderung gemeinschaftlicher Schlichtungsorgane, die im einzelnen bis auf die Voraussetzungen ihrer Zusammensetzung beschrieben werden. Nichts ist übersehen, was eine geordnete Durchführung der Grundsätze einer wirklichen Selbstverwaltung einerseits gewährleisten und andererseits stören kann. Nicht zuletzt ist auch den Notwendigkeiten und Möglichkeiten einer volkswirtschaftlich richtigen Kapitalversorgung Rechnung getragen. Das alles ist so aufgebaut, daß den Vermachtungstendenzen, die gerade in unserer Zeit durch eine unzulässige Ausnutzung des Kapitalfaktors gegeben sind, wirksam Abbruch geschehen kann. Es handelt sich um eine Neutralisierung dieses Machtfaktors, die wirksam nur auf dem Wege einer geschlossenen Gesamtordnung von dezentralisierendem Charakter herbeigeführt werden kann.

Soll der Mensch wirklich im Mittelpunkt der Wirtschaft stehen, dann muß Vorsorge getroffen werden, daß gerade in bezug auf die Eigentumsausnutzung die Verantwortlichkeit nicht bloß theoretisch festgelegt, sondern durch institutionelle Maßnahmen praktisch in ihrer Handhabung gesichert werden.

Nur von solchem Ausgangspunkt aus hat das Entproletarisierungsstreben Aussicht auf Erfolg. Der Aufbau läßt

Sozialdemokratischer Abgeordneter erschießt einen Polizeiwachtmeister.

Einschneidende Strafmaßnahmen.

w **Freiburg i. B.**, 16. März.

Bei dem sozialdemokratischen Abgeordneten Nußbaum sollte heute früh 6 Uhr eine Durchsuchung durch Polizei stattfinden. Nußbaum ging gegen die Beamten tätlich vor, zog seine Pistole und erschoß den Hauptwachtmeister Schelshorn und verletzte den Kriminalsekretär Weber durch einen Bauchschuß schwer. Der Täter wurde verhaftet. Weber wurde sofort in die chirurgische Klinik gebracht, wo eine Operation vorgenommen wurde.

Zu dem blutigen Vorfall werden von der Polizeidirektion u. a. folgende Einzelheiten herausgegeben: Im Laufe der Nacht zum Freitag wurden bei verschiedenen sozialdemokratischen Führern Haussuchungen nach Waffen vorgenommen, u. a. auch bei dem sozialdemokratischen Landtagsabgeordneten Nußbaum. Da Nußbaum als ein sehr aufgeregter Mensch bekannt ist, wurden mit der Durchsuchung der Wohnung zwei besonders erfahrene ältere Kriminalbeamte beauftragt. Da ihnen das Haustor auf ihr Ersuchen nicht geöffnet wurde, läuteten sie bei dem im gleichen Hause wohnenden Polizeihauptwachtmeister Schelshorn, der den beiden Beamten die Haustür öffnete. Als sie darauf in Begleitung des Schelshorn vor der Nußbaumschen Wohnung Einlaß verlangten, gab Nußbaum durch die geschlossene Glastür ohne jedes weitere Wort sechs bis acht Schüsse ab, wobei Schelshorn tödlich getroffen wurde. Der Kriminalbeamte Weber erhielt einen schweren Bauchschuß und mußte in hoffnungslosem Zustande in die Klinik eingeliefert werden. Ein zum Oeffnen der Tür herbeigerufener Schlosser wurde durch einen Schuß leicht am Fuße verletzt. Der dritte Beamte drang gemeinsam mit dem Schlosser in die Wohnung ein und konnte Nußbaum überwältigen und festnehmen. Wie die Polizeibehörde weiter mitteilt, ist Nußbaum, der in den 50er Jahren steht, schon vor sechs Jahren zur Beobachtung seines Geisteszustandes in eine psychiatrische Klinik gebracht worden. Nußbaum ist ein geborener Elsäßer und wohnt seit 1927 in Freiburg.

Die Tat Nußbaums hat dem badischen Staatsministerium Veranlassung gegeben, sämtliche der SPD. und KPD. angehörenden Mitglieder des badischen Landtages sowie sämtliche in den neuen Reichstag gewählten Abgeordneten dieser beiden Parteien in Schutzhaft zu nehmen. Außerdem sind die gesamte marxistische Presse in Baden und alle marxistischen Wehrorganisationen und Jugendverbände verboten worden. Ausgenommen von dem Verbot sind die Parteiorganisationen der SPD. und KPD., deren Büros ja doch polizeilich geschlossen wurden. Doch soll die rein wirtschaftlichen Zwecken dienende Tätigkeit der sogenannten Freien Gewerkschaften nicht beeinträchtigt werden.

zugleich erkennen, welche Notwendigkeiten sich in bezug auf den Staat und seine Entwicklung ergeben. Der Staat muß in die volle Möglichkeit unbeeinflußter Entscheidung hineingestellt werden. Die damit sich ergebenden Notwendigkeiten erhalten dann im zweiten Teil des Programms, der mit „Allgemeine Zielsetzungen" überschrieben ist, eine grundsätzliche Sonderdarstellung von erhöhtem Nachdruck. Nacheinander wird dargelegt, wie die allgemeinen Zielsetzungen das Individuum und die Gemeinschaftsformen erfassen. Für den einzelnen kommt es an auf die Sicherung einer menschenwürdigen Existenz, und zwar im Sinne der Verwirklichung seines höchsten Anliegens, nämlich Begründung und Wahrung der Ehre und Entfaltung der freien, religiös-sittlichen und berufstüchtigen Persönlichkeit. Von den Gemeinschaftsformen erfassen die allgemeinen Zielsetzungen zunächst die Familie, die vom Standpunkt der naturhaften Bestimmung des Menschen aus bejaht wird. Sowohl von der Gestaltung der Einzelpersönlichkeit wie von dem Aufbau der Familie aus tritt die besondere Wucht des Eigentumserwerbs in den Vordergrund. Außerdem kommen aber zur Geltung Arbeitsrecht und Sozialversicherung und alles das, was die natürliche Vorrangstellung des Familienvaters sicherstellen und die Zerreißung der inneren Einheit der Familie (Fabrikarbeit der verheirateten Frau) verhüten soll. Mit der Erörterung der Erziehungsfrage verbindet sich die Stellungnahme zum Schulwesen, die im einzelnen auseinandergesetzt wird.

Wiederum ist selbstverständlich, daß auch bei den allgemeinen Zielsetzungen dem Berufsstand erhöhte Aufmerksamkeit zuteil wird. Hier werden diese allgemeinen Zielsetzungen aufgeteilt nach pädagogischen und volkspolitischen Aufgaben einerseits und nach staatspolitischen Aufgaben andererseits.

Leitgedanke ist, daß der Berufsstand wesensgemäß aus einer gesellschaftspolitischen Einrichtung zu einer Lebensgemeinschaft zu entwickeln sei.

Unmittelbar praktische Bedeutung erhält von dieser Grundeinstellung her die Frage der Verteilung der Angehörigen der verschiedenen Generationen auf die Arbeitsplätze und damit nicht zuletzt auch das Problem der Behandlung des älter werdenden Arbeiters.

Was die staatspolitischen Aufgaben angeht, so wird hier zwischen dem, was wesensgemäß dem Staat und dem, was ebenso wesensgemäß dem Berufsstand zukommt, genau und präzis unterschieden. Vor allem spielt hier die Ueberlegung eine Rolle, inwiefern der Berufsstand Träger öffentlich-rechtlicher Befugnisse ist. Vom Arbeiterstandpunkt aus gewinnt die Herausstellung der Forderungen der Mitverantwortung und Subjektstellung der Arbeiterschaft im Produktionsprozeß eine erhöhte Wichtigkeit.

Den Staat bejahen die christlichen Gewerkschaften als ein naturhaftes, von einer geistig-sittlichen Gesellschaftsauffassung gefordertes Ordnungssystem von eigener Würde und Hoheit.

Es wurde schon betont, wieviel den christlichen Gewerkschaften daran liegt, durch Begründung der berufsständischen Selbstverwaltung den Staat für das eigentlich Politische freizumachen.

Seinen Abschluß findet das Programm mit einer Betonung der Notwendigkeit der Solidarität der Menschheit und der Völker. Allerdings kann wirkliche Völkergemeinschaft nur eine solche sein, die sich aus lebenskräftigen, aus der sittlichen Staatsidee lebenden Staaten zusammensetzt. Die christlichen Gewerkschaften, so schließt das Programm, sind bereit, das berechtigte Interesse der Nation an der eignen Selbstbehauptung auch auf dem Wege der Wehrhaftigkeit anzuerkennen und zu unterstützen.

Es wäre zu hoffen und zu wünschen, daß dieser gerade in der heutigen Zeit allgemeiner Verwirrung in seiner Tragweite nicht überschätzbare Versuch der christlichen Gewerkschaften, sich von ihrem besonderen Gesichtspunkt aus mit den Lebensfragen auch von Staat, Volk und Nation programmatisch auseinanderzusetzen, allseitige Beachtung findet. Sicherlich darf mit Eindringlichkeit betont werden, daß die hier geleistete Arbeit im tiefsten Sinne des Wortes eine patriotische Tat darstellt. (Lebhafter Beifall.)

Hierauf nahm, mit Händeklatschen herzlichst begrüßt

Reichsminister a. D. Stegerwald

der führende politische Kopf aus dem christlichen Gewerkschaftslager, das Wort:

Nach dem, was in den letzten Wochen passiert ist, so begann er, hat es in der gegenwärtigen Stunde keinen Zweck, in Agitation oder bloßer Tagespolitik zu reden. Jetzt kommt vielmehr für alle Menschen mit Verantwortungsgefühl die Stunde, in der zur Sache geredet werden muß. Das, was wir gegenwärtig in Deutschland erleben, hätte garnicht kommen können, wenn die führende Partei nach 1918 das, worauf es ankam, klar gesehen und sich dafür resolut eingesetzt hätte. Was im deutschen Volke in der letzten Zeit lebendig war, war der Wille und die Sehnsucht nach nationaler und sozialer Erneuerung. Es wurde in der Hauptsache dreierlei versäumt:

1. Man hat den staatsorganisatorischen Zustand, der sich früher unter ganz anderen, unter dynastischen Verhältnissen herausgebildet hatte, bei der letzten Umwälzung im wesentlichen beibehalten, anstatt eine einfache und klare Staatsorganisation zu schaffen. Damit hat sich das deutsche Volk in seiner überwältigenden Mehrheit innerlich nie abzufinden vermocht.

2. Die Sozialdemokratie hat nicht den resoluten Anschluß an die Nation gefunden. Sie ist ständig zwischen den staatspolitischen Notwendigkeiten auf der einen Seite und der alten sozialistischen Klassenkampfdoktrin auf der anderen Seite hin und her gependelt. Sie hat lange Zeit nicht begriffen, daß Klassenkampf und Demokratie sowie Klassenkampf und Nation einander ausschließende Begriffe sind. (Stürmischer Beifall!) Der frühere Reichspräsident Ebert hat diese Sache ganz klar gesehen, sich aber gegen die agitatorische Strömung in der Sozialdemokratie nicht durchzusetzen vermocht.

3. Der dritte große Fehler der Sozialdemokratie war, daß sie einen gangbaren Weg zur sozialen Erneuerung nicht aufzuzeigen vermocht hat. Sie glaubte, in einem demokratischen Staat ihre alten sozialistischen Ziele durchsetzen zu können, ohne sich klar darüber zu werden, daß Marxismus, d. h. zentralistischer Sozialismus, und Demokratie sich ebenfalls einander ausschließen. Ein großes Volk, das, wie Deutschland, so stark mit der Weltwirtschaft verstrickt ist, kann sich nicht je nach dem Wechsel der parteipolitischen Konstellation in seiner ganzen Haltung einmal privatwirtschaftlich, das andere Mal sozialistisch orientieren; was für einen Sozialismus die NSDAP. will, ist heute noch nicht klar erkennbar.

Wir müssen jedenfalls warnen vor einem Sozialismus des Experimentierens, weil damit die Unruhen in der komplizierten deutschen Wirtschaft Dauerzustand würden, ein für die deutsche Arbeiterschaft und das deutsche Volk überhaupt gleich gefährlicher und unmöglicher Zustand.

1918 sind wir plötzlich vom Halbabsolutismus zur freiesten Demokratie übergegangen und haben überall dort, wo wir in der Welt etwas Demokratisches gefunden haben, dieses in Deutschland zur Einführung gebracht. Daß es dabei nicht gutgehen konnte, liegt auf der Hand. Die Geisteshaltung eines Volkes läßt sich nicht vom Ausland importieren. Jetzt dürfen wir nicht wieder in das entgegengesetzte Extrem fallen, jetzt muß alles aufgeboten werden, damit wir zu einem allseitig vertretbaren Dauerzustand kommen.

Im Vordergrund steht gegenwärtig in Deutschland der Streit zwischen marxistischen Sozialismus und Nationalismus. Persönlich sehe ich die Sache so: Wenn die Menschen, die die Mitte Europas bewohnen, endlich einmal Volk und Nation werden wollen, dann ist u. a. erforderlich eine gemäßigte und geläuterte Demokratie, die wir seither nicht hatten, auch nicht haben konnten, weil das deutsche Volk in seiner überwältigenden Mehrheit im Untertanengeist aufgewachsen und erzogen worden ist und daher garnicht von einem Tag zum andern die freieste Demokratie richtig zu handhaben vermocht hat. (Starker Beifall!) Erforderlich ist weiter ein klares, illusionsfreies wirtschaftliches Denken, das wir bisher in Deutschland auch nicht aufzubringen vermocht haben.

Wir müssen wieder heraus aus der Denkweise des diktaturlüsternen absoluten Kapitalismus. Wir müssen auch heraus aus der illusionistischen wirtschaftlichen Vorstellungswelt von Kommunismus, Sozialismus und Faschismus.

Diese bedeuten Staatsallmacht auf allen Gebieten. Bei ihnen sind letzten Endes die Menschen, auch die Arbeitgeber und Arbeiter Werkzeuge in der staatlichen Apparatur. In der staatlichen Zwangsjacke kann sich eine so komplizierte Volkswirtschaft wie die deutsche nicht entfalten und entwickeln. Was wir in dem Wirrwarr unserer Tage bei Aufrechterhaltung der Privatwirtschaft benötigen, ist

1. wirksame öffentliche Kontrolle der kartellierten und monopolisierten Großwirtschaften,

2. die weitgehendste wirtschaftliche Selbstverwaltung der beteiligten Arbeitgeber und Arbeiter in den einzelnen Wirtschafts- und Gewerbezweigen.

(Starker Beifall.) Ob man das berufsständische Ordnung nennt, wie das in der letzten Enzyklika des hl. Vaters geschieht, oder ob es wirtschaftliche Selbstverwaltung oder Arbeitsgemeinschaft ist, vom wirtschaftlichen und sozialen Blickfeld aus gesehen, ist es im wesentlichen ein- und dasselbe. Der Unterschied zwischen dieser wirtschaftlichen Selbstverwaltung auf der einen Seite und dem Kommunismus, Sozialismus und Faschismus auf der anderen Seite ist der, daß der Staat nicht zum Götzenbild der Welt gemacht wird,

daß vielmehr Arbeitgeber und Arbeiter in den einzelnen Gewerbe- und Wirtschaftszweigen weitgehendst zur Selbstverwaltung und Selbstverantwortung herangezogen werden.

Dabei können sich die Menschen auch viel besser entwickeln und entfalten als in jeder staatlichen Zwangsapparatur.

Wohin wir hinsichtlich der Gestaltung unserer Wirtschafts- und Sozialordnung steuern müssen, ist meines Erachtens dahin zu entscheiden:

1. Die Wiederbelebung der deutschen Wirtschaft muß erfolgen sowohl durch eine gute Außenpolitik als auch durch eine baldige Beruhigung im Innern. Mit Diktatur und bloßem äußeren Zwang ist der deutsche Staatswagen von der einen Volkshälfte gegen die andere nicht bergauf zu ziehen.

Es müssen vielmehr alle Menschen, die ernsthaft und frei von Einzel- und Gruppenegoismus eine nationale und soziale Erneuerung wollen, zu einer möglichst breiten Front zusammengefaßt werden.

Nur dann kann Beruhigung und Vertrauen nach außen und innen geschaffen werden.

2. Die deutsche Wirtschaftspolitik muß pfleglich behandelt werden sowohl nach außen als auch nach innen. Die deutsche Landwirtschaft ist nach wie vor der wichtigste Zweig in der deutschen Gesamtwirtschaft, sie muß systematisch und planmäßig zur Rentabilität gebracht werden.

3. Es muß wieder ein viel größerer Teil des deutschen Volkes mit der heimatlichen Scholle in Verbindung gebracht werden. Dazu ist ein umfassendes Siedlungswerk erforderlich, das sich zu erstrecken hat auf die landwirtschaftliche Siedlung auf die städtische Vorraumsiedlung und auf die nebenberufliche Siedlung.

4. Auch in der Industriesiedlung und in der Wohnweise der Bevölkerung muß eine größere Dezentralisation stattfinden. Der Zusammenballung in einigen Großstädten muß nachdrücklichst entgegengewirkt werden.

5. In der Industrie- und Gewerbewirtschaft hat sich herausgestellt, daß jene Betriebe am widerstandsfähigsten sind, die von tüchtigen Menschen in ihrer Gesamtheit übersehen werden können.

Die großen Mammutbetriebe und Konzerne sind nicht mehr übersehbar, sie führen zur Bürokratisierung und arbeiten meist teurer als gutgeleitete Mittel- und kleinere Betriebe. Diese Betriebe sind daher durch eine gute Wirtschafts- und Steuerpolitik zu fördern und zu begünstigen.

6. Die Großbanken müssen in eine Reihe regionaler Banken aufgegliedert werden. Wenn man weitgehendste Selbstverwaltung will, dann ist selbstverständlich, daß

7. der Tarifvertrag wieder zu seinem deutschen Ausgangspunkt, nämlich zur Tarifgemeinschaft zurückgeführt werden muß. Die Tarifgemeinschaft greift viel weiter als Tarifverträge, sie hat Gewerbegesetze aufzustellen, sie soll praktisch ein wirtschaftlicher Selbstverwaltungskörper sein wie die Gemeinden des Freiherr vom Stein als politische Selbstverwaltungskörper gedacht waren. Im Sinne der Selbstverwaltung liegt es auch daß

8. die Verwaltung und Gestaltung der Sozialversicherung den Versicherten weitgehendst selbst überlassen wird.

Eine solche Wirtschafts- und Sozialordnung hat natürlich zur Voraussetzung und zur Konsequenz ein ganz anderes Verhältnis zwischen Arbeitgeber und Arbeiter, wie wir es bisher gehabt haben. Die beiden Gruppen können sich nicht dauernd wie zwei feindliche Heerlager gegenüberstehen.

Lohnbewegungen und Streiks wird es geben, solange wir eine privatwirtschaftliche Ordnung haben. Ja, solche sind selbst in einer sozialistischen Ordnung nicht vermeidbar. Wir stehen gegenwärtig wieder vor einer ähnlichen Stunde wie vor 14 Jahren, von der die nationale und soziale Erneuerung erwartet wird. In der christlichen Gewerkschaftsbewegung wurde die Aufgabe ähnlich 1918/20 wie heute gesehen. Es braucht bloß an den Essener Kongreß vor 12½ Jahren erinnert werden. Nur hat der Bewegung in dem späteren innen- und außenpolitischen Wirrwarr die ausreichende Kraft gefehlt, die aufgezeigten Ziele durchzusetzen. Heute herrscht auch in unserem Lager eine breitere Front größerer Klarheit als vor 12½ Jahren

Zu unserer stets vaterländischen Arbeit nur der kurze Hinweis, daß in den letzten Zeiten des Ruhrkampfes das Büro unseres Freundes Imbusch eines der tatkräftigsten Abwehrbüros gegen französische Willkür gewesen ist.

(Starker Beifall). Jetzt ist es unsere Aufgabe, mit allen Kräften an der Formung einer besseren Wirtschafts- und Sozialordnung nachdrücklichst mitzuarbeiten und ein glücklicheres Deutschland gestalten zu helfen, als wir es gegenwärtig besitzen. (Langanhaltender brausender Beifall.)

Ein kurzes Wort sprach sodann der Vorsitzende der Landarbeiterorganisationen

Franz Behrens

der in temperamentvollen Ausführungen der stets nationalen Aufbauarbeit der christlichen Gewerkschaften gedachte und unter einstimmiger Billigung aller Tagungsteilnehmer ein Gelöbnis zu Volk und Vaterland nach dem Wort Helfferichs ablegte: Wir dienen dem Staate in jeder Form. Die christliche Gewerkschaftsbewegung habe lange Jahre in dem Kampfe für nationale Erneuerung allein gestanden. Das, was sie getan habe, könne als ein nationales Werk bezeichnet werden. Man würde auch in Zukunft das tun, was das Gewissen u. das deutsche Herz vorschreiben.

Mit einem Appell an alle Tagungsteilnehmer, sich mit allen Kräften für die Durchführung der berufsständischen Gemeinschaftsarbeit einzusetzen und einem von dem Verbandsvorsitzenden Otte ausgebrachten Hoch auf das Vaterland und dem Deutschlandlied schloß die eindrucksvolle öffentliche Kundgebung.

Neuregelung des Kreditwesens und Steuererleichterungen.

Neuwahlen für die berufsständischen Körperschaften.

CNB **Berlin, 17. März.**

Wie in wirtschaftspolitischen Kreisen verlautet, wird wahrscheinlich noch vor Zusammentritt des Reichstages eine Verordnung des Kabinetts herauskommen, wonach Neuwahlen für die Landwirtschafts-, Handwerks- und Handelskammern vorgenommen werden sollen. Man rechnet außerdem mit einer ganzen Reihe von weiteren wirtschafts- und kreditpolitischen Maßnahmen, die vor allem auf eine Stärkung des Mittelstandes und des mittelständischen Kreditwesens hinauslaufen und für die gesamte wirtschaftliche Entwickelung von größter Bedeutung sein werden. So dürfte beispielsweise eine grundsätzliche Neuregelung des Genossenschaftswesens in Aussicht stehen.

Wie der „Berliner Lokalanzeiger" hört, ist auch eine Neuregelung des Verhältnisses der Reichsbank zum Reiche in Aussicht genommen. Unter den Plänen, die weiter zur wirtschaftlichen Erleichterung erörtert werden, befindet sich auch die Aufhebung der Getränkesteuer und die Aufhebung der Lustbarkeitssteuer. Auf dem Gebiete der Neuordnung des Krankenkassenwesens wird demnächst der Vorschlag einer Sperre für die Einstellung von Krankenkassenbeamten gemacht werden. Weiter ist zur Vereinfachung der Verwaltung eine Zusammenlegung des Statistischen Reichsamts und des Preußischen Statistischen Landesamts geplant.

Tagesfragen.

(Fortsetzung von der 1. Seite.)

von Maltzahn in Washington, Botschafter von Prittwitz und Gaffron, hat um Entbindung von seinem Amte gebeten und wird nach Deutschland zurückkehren. Damit ist ein wichtiger Auslandsposten frei geworden, einer der wichtigsten, die es für Deutschland gibt, und es ist sehr wohl möglich, daß der jetzige Reichsaußenminister von Neurath ihn übernehmen wird. Davon wird wenigstens, wie uns unsere Berliner Redaktion meldet, ernsthaft gesprochen, und zugleich wird der Vizekanzler von Papen, der bei der Besetzung des preußischen Ministerpräsidentenpostens durch einen Nationalsozialisten, also etwa durch den Reichskanzler Hitler oder den Reichsminister Göring, kein seine Arbeitskraft mehr ausfüllendes Ressort haben würde, als der künftige Reichsaußenminister genannt. Müssen wir auch darauf hinweisen, daß Gerüchte ähnlicher Art bisher immer wieder als unrichtig bezeichnet worden sind, so spricht doch gerade für einen solchen Wechsel aus den schon angeführten und noch anzuführenden Gründen, daß Herr von Papen sich von jeher stark für die Außenpolitik interessiert hat und über mancherlei wertvolle Beziehungen zum Ausland verfügt. Vielleicht hängt hiermit auch der außenpolitische Schluß der Rede zusammen, die von Papen gestern auf dem Schloßplatz in Breslau bei einer großen Stahlhelmkundgebung zur Erinnerung an den Aufruf Friedrich Wilhelms III. zu den Befreiungskriegen gehalten hat. Er sprach dort zunächst davon, daß heute, 120 Jahre nach jenem Aufruf, es wieder in allen deutschen Herzen aufflamme und daß der tiefste Grund zu der inneren Revolution, in der wir stehen, die Auflehnung des Volkes gegen Sinn und Geist des Versailler Diktats sei. Es folgten Ausführungen, in denen von Papen betonte, daß es falsch wäre, diese Revolution, diesen „Vorgang der Selbstreinigung", als einen Vergeltungsakt gegen den innerpolitischen Gegner aufzufassen, daß Rache weder eines vornehmen Menschen noch eines wahren Staatsmannes würdig sei, daß auf diese Revolution kein Schatten irgend einer Würdelosigkeit fallen dürfe, daß es Disziplin und Selbstzucht zu wahren gelte und daß in den deutschen Neubau das hinübergerettet werden müsse, was im Lager derer, die sich heute von der deutschen Revolution ausgeschlossen fühlten, wertvoll und was dort an echt konservativen Ansatzpunkten vorhanden sei. Der Vizekanzler sprach auch noch davon, daß nicht zerschlagen werden solle, was die deutsche Arbeiterschaft in gesunder Selbstverwaltung aufgebaut habe, daß alle Kräfte angespornt werden müßten, damit möglichst bald der lebendigen Sehnsucht nach einer neuen gerechten Volksordnung die große Rechtsreform nachfolge, daß alles Streben darauf gerichtet sein müsse, die wahre Freiheit und Würde der Persönlichkeit neu aufzubauen, da wahre geistige Freiheit, die von der im Namen des Geistes über unser Volk gekommenen Zuchtlosigkeit zu unterscheiden sei, eine notwendige Voraussetzung jeden wahren Lebens sei. Diesen in mancherlei Hinsicht bemerkenswerten und auch für die uns nahestehenden Kreise sympathischen Worten, folgte die Mahnung, daß die Regierung allmählich aus dem Stadium der Volksbewegung hinüberblicken müsse in das stillere Fahrwasser staatsmännischer Arbeit; erst dann werde sich zeigen, ob die deutsche Revolution vor der Geschichte bestehe. Hieran schlossen sich dann die Worte, auf die es in unserem Zusammenhange hier ankommt:

„Wenn ich", fuhr von Papen fort, „die Erfordernisse unserer außenpolitischen Lage überdenke, so muß ich das deutsche Volk warnen, seinen innenpolitischen Sieg schon heute einem außenpolitischen gleichzustellen. So heiß unsere Herzen für Volk und Vaterland entflammt sein mögen, so kühl müssen wir die außenpolitischen Möglichkeiten; die weltpolitische Situation und die Größe der von uns zu leistenden Aufgaben betrachten. Hier liegt der Unterschied zwischen 1813 und 1933. Damals folgte das Volk dem Rufe seines Königs, dessen staatsmännische Berater den Augenblick kalt errechnet hatten. Der Erhebung des Volkes folgte unmittelbar die außenpolitische Befreiung. Heute liegen die Dinge anders. Und jeder von uns fühlt, wieviel uns von den eigentlichen Zielen der Politik, die immer außenpolitisch sind, noch trennt. Wenn ich Sie in dieser Feierstunde auf diese ernste Seite des deutschen Lebens aufmerksam mache, so geschieht dies in der Ueberzeugung, daß die Größe der Ihnen gezeigten Aufgaben das Verantwortungsgefühl der nationalen Bewegung stärkt. Nicht Macht ist das Ziel des Staatsmannes, sondern verantwortliche Geschichtsgestaltung. Macht ist nur das Mittel zum Zweck."

Wer Herrn von Papen von früher kennt, weiß, daß er in außenpolitischen Fragen stets sehr nüchtern gedacht hat, und seine oben zitierten Worte bestätigen, daß er so auch heute noch denkt. Diese notwendige Voraussetzung für einen Minister des Auswärtigen ist also bei ihm gegeben. Und man darf auch wohl, gleichgültig wie man sonst zu ihm steht, hinzufügen, daß er der Mann in der Reichsregierung ist, der am ehesten dazu berufen erscheint, der Nachfolger des Barons von Neurath zu werden, wenn ein Wechsel notwendig werden sollte. Denn es ist immerhin nicht ohne Belang, daß von Papen, als er Reichskanzler war, mit den maßgebenden ausländischen Staatsmännern in Lausanne bekannt geworden ist. Welchen Eindruck er auf sie gemacht hat, darüber haben sie sich allerdings nicht geäußert. Auf dem diplomatischen Parkett ist er im übrigen auch schon aus seiner früheren Tätigkeit als Militärattachee in Washington zu Hause.

Die Provinziallandtage zum 10. April einberufen.

— **Berlin, 17. März.**

Die preußischen Provinziallandtage sind, wie von zuständiger Stelle mitgeteilt wird, zum 10. April einberufen worden. Wie weiter verlautet, ist die Frist für die Annahmeerklärung der neugewählten Stadtverordneten und Provinziallandtagsabgeordneten von bisher 14 Tagen auf drei Tage herabgesetzt worden.

Wie der Amtliche Preußische Pressedienst mitteilt, hat der Kommissar des Reiches für das Preußische Ministerium des Innern durch Runderlaß vom 16. März angeordnet: Nachdem die aufgelösten gemeindlichen Vertretungskörperschaften am 12. März 1933 neu gewählt worden sind, werden die Aufsichtsbehörden ersucht, darauf hinzuwirken, daß die Vertretungskörperschaften zu dem allerfrühesten Termin einberufen werden. Zu diesem Zwecke werden einem baldigen Zusammentritt der Vertretungskörperschaften entgegenstehende Bestimmungen der Wahlordnung abgeändert.

Kein preußischer Staatspräsident.

CNB **Berlin, 17. März.**

Berliner Abendblätter beschäftigen sich mit einem Gerücht, wonach für Preußen das Amt eines Staatspräsidenten geschaffen und dieses Amt mit dem des Reichspräsidenten verbunden werden solle. In politischen Kreisen ist dieser Gedanke in den letzten Tagen in der Tat erörtert worden. Von den maßgebenden Stellen wird nun jedoch die Auskunft gegeben, daß von einer solchen Absicht nichts bekannt sei. Daraus läßt sich schließen, daß dieses Projekt gegenstandslos geworden ist.

Die wahrscheinliche Zusammensetzung des Reichstagspräsidiums.

Von unserer Berliner Redaktion.

:: **Berlin, 17. März (Drahtb.).**

Ueber die Zusammensetzung des Reichstagspräsidiums scheint zwischen den in Frage kommenden Parteien eine Einigung erzielt zu sein. Danach würden den Nationalsozialisten die Posten des Präsidenten und des dritten Vizepräsidenten zufallen, für das Zentrum käme der Posten des ersten Vizepräsidenten und für die Deutschnationalen der des zweiten Vizepräsidenten in Betracht.

Mandatsniederlegung von Hermes.

Von unserer Berliner Redaktion.

+ **Berlin, 17. März. (Drahtb.)**

Wie in parlamentarischen Kreisen mit Bestimmtheit verlautet, hat der Präsident der Gesamtvereinigung der deutschen Bauernvereine, Dr. Hermes, nach Rücksprache mit dem Parteivorsitzenden des Zentrums, Dr. Kaas, sein Reichstagsmandat niedergelegt.

Zugzusammenstoß in der Mandschurei.

50 Tote.

— **Mandschukuo, 17. März.**

Zwischen Tschengtschiatun und Supingkai stieß letzte Nacht ein Güterzug gegen die hinteren Wagen eines haltenden Personenzuges. 50 Reisende wurden getötet, mehr als 70 verletzt.

Explosion auf einem norwegischen Dampfer im Indischen Ozean.

— **Colombo, 17. März.**

Auf dem norwegischen Dampfer „Hinnoy" ereignete sich 300 Meilen von Colombo entfernt eine Explosion, der 15 Personen zum Opfer gefallen sein sollen. Die 13 Ueberlebenden, von denen fünf schwer verletzt sind, retteten sich mit einem Boot, das von einem japanischen Dampfer gefunden wurde.

Stadt Bocholt.

Samstag, den 18. März 1933.

Im Kampf gegen die Schmuggler.

b. In der Nacht zum Freitag hatten die Zollbeamten auf ihren Streifen nennenswerte Erfolge zu verzeichnen. So wurden in Barlo etwa 70 Pfund Kaffee und Tabak und in Vardingholt 2500 Eier beschlagnahmt. In Horfeld gelang es den Beamten, 156 Pfund Kaffee und Tabak zu beschlagnahmen. Im letzteren Falle konnten zwei Täter aus dem Industriegebiet gestellt werden.

Veranstaltungen in Bocholt.

(Mitgeteilt vom Verkehrsverein Bocholt.)

26. 3. 1933: 4. Festvorführung des Turnvereins Bocholt.
2. 4. 1933: 2. Hauptkonzert unter Mitwirkung einer Solistin des M. G. V. „Sängerbund" e. V., 20 Uhr (Schützenhaus).
30. 4. 1933: Wohltätigkeitskonzert der Gesangabteilung des Evangel. Vereins e. V. Bocholt.
11. 6. 1933: Rotkreuztag.
25. und 26. 6. 1933: Kriegerfest.

Anmerkung: Die Vereine usw. werden gebeten, die Veranstaltungen, Festlichkeiten, Konzerte usw. möglichst frühzeitig dem Verkehrsverein (Kirchstr. 5, Zimmer 7) schriftlich oder fernmündlich (3148) anzugeben. Soweit der genaue Termin noch nicht feststeht, genügt die Angabe des ungefähren Zeitpunktes.

Bocholt – Mussum – Wertherbruch

v. Der Verkehrsverein hat anfangs dieses Jahres den Landrat des Kreises Rees gebeten, sich für die baldige Herstellung des nicht ausgebauten Anschlußweges der Straße Mussum — Wertherbruch einzusetzen. Bekanntlich ist diese Straße bis zur Grenze des Kreises Rees ausgebaut. Der Landrat hat nunmehr dem Verkehrsverein mitgeteilt, daß der Ausbau der fraglichen Wegestrecke schon seit Jahren geplant sei. Anfang Februar hat die Gemeinde Wertherbruch beschlossen, den Weg im Rahmen des Arbeitsbeschaffungsprogrammes auszubauen. Die Ausführung des Projektes hängt jedoch von der Möglichkeit der Beschaffung der erforderlichen Mittel für den Aubau der Straße, insbesondere aber auch für den erforderlich werdenden Neubau einer Isselbrücke ab.

p. Kohlendiebstahl. Von einem an der Ewaldstraße gelegenen Kohlenlagerplatz wurden 7 Zentner Kohlen, die in Säcken zum Ausfahren standen, gestohlen.

p. Fahrraddiebstahl. Aus einem an der Kurfürstenstraße gelegenen unverschlossenen Schuppen wurde ein Fahrrad gestohlen. Weiter wurde ein Fahrrad vor der Westfälischen Baumwollweberei entwendet.

p. Versuchter Einbruchsdiebstahl. Bei einem Anwohner der Karolingerstraße wurde ein Einbruchsversuch unternommen. Der Täter war unter Benutzung einer Leiter bis zur 1. Etage gestiegen und hatte bereits ein größeres Fenster zum Teil ausgekittet. Durch das entstandene Geräusch wurden die Bewohner des Hauses aufmerksam und benachrichtigten die Polizei. Der Täter hatte jedoch inzwischen wohl Wind gerochen und sich aus dem Staube gemacht.

Wie steht's mit dem Gereke-Plan?

§ Wir teilten gestern mit, daß der Gemeinde Dingden 60 000 *M* und der Gemeinde Rhede 50 000 *M* seitens der Regierung für den Ausbau von Straßen auf Grund des Gereke-Plans bewilligt worden seien. Es erhebt sich natürlich die Frage, ob auch die Anträge, die die Stadt Bocholt auf Grund des Gereke-Projektes eingereicht hat, Aussicht auf Genehmigung haben. Bekanntlich handelt es sich um folgende vier Projekte: Bau einer Kläranlage (206 000 *M*), Ausbau der Heroldstraße (36 000 *M*), Kanalbauten im Norden der Stadt (136 000 *M*) und Ausbau der Nordallee (86 000 *M*). Wie uns von zuständiger Seite versichert wird, ist zu hoffen, daß die beiden erstgenannten Projekte eine gewisse Aussicht auf Genehmigung haben, während bei den übrigen Projekten diese Aussicht weniger besteht.

Gesellenprüfung.

§ Vor dem hiesigen Prüfungsausschuß der Handwerkskammer haben weiter folgende Lehrlinge ihre Gesellenprüfung bestanden (in Klammern ist der Lehrmeister angegeben):

Bäcker und Konditoren: Willi Schütt (August Reimer, Anholt), Wilhelm Testroet (Gerhard Onstein, Anholt), Johann Switon (Johann Forge, Rhede) und Anton Wischnewski (Hubert Spieker, Rhede).

Buchbinder: Franz Stern (Karl Wilsing Bocholt), Heinrich Tenhaken (Josef Kurenbach, Bocholt), Franz Kux (Alfons Terstegge, Bocholt).

Schuhmacher: Johann Terwort (Alois Illing, Rhede), Josef Lökes (Wilh. Brunè, Dingden) und Georg Ebbing (Wilh. Bockenk, Rhede).

Anstreicher: Johann Beltermann (Richard Baltheser, Anholt), Heinrich Paucnik (Gottfried Markwalter, Bocholt) und Bruno Malzahn (Heinrich Weenink, Bocholt).

Geheimnisvolle Hohlräume.

= Zwei Bocholter, Vater und Sohn, hatten sich einen „Spezialwagen für Schmuggelzwecke" gebaut, indem sie die Speichen mit Blech verkleideten, wodurch Hohlräume entstanden; auch wurden in Rückenlehnen und Sitzen allerlei geheimnisvolle Räume geschaffen. Als eines Tages Beamte des Zollamtes Hemden den Wagen, der sehr häufig die Straße passierte, etwas näher unter die Lupe nahmen, machten sie die interessante Feststellung, daß nicht nur die erwähnten Hohlräume, sondern auch ein Reservebenzintank mit im ganzen etwa 50 Kilo Tabak, Kakao, Hühnerfutter und geschmuggeltem Benzin gefüllt waren. Vater und Sohn hatten sich deswegen gestern vor dem Schöffengericht in Coesfeld zu verantworten. Beide wurden zu einer Geldstrafe von je 54 000 *M* oder 54 Tagen Gefängnis verurteilt; außerdem erhielt der Vater zwei Monate Gefängnis und der Sohn einen Monat Gefängnis. Die Verbüßung der Gefängnisstrafe wurde auf drei Jahre ausgesetzt. Der Kraftwagen wurde natürlich eingezogen.

Humane Tiertötung.

× Bekanntlich wurde kürzlich dem Bocholter Tierschutzverein eine Kleintiertötungsanlage zur Verfügung gestellt. Gestern wurde diese Anlage im hiesigen Schlachthof praktisch ausprobiert. Ein Hund und zwei Katzen wurden „kurz und schmerzlos" vom Leben zum Tode befördert. Die Anwesenden konnten sich davon überzeugen, daß die Tötung in durchaus humaner Weise erfolgt. Es mögen darum die Besitzer von Hunden, Katzen und sonstigen Kleintieren, die abgeschafft werden sollen, sich mit der Schlachthofverwaltung (Tel. 3193) zwecks Tötung ihre „Lieblinge" in Verbindung setzen. Die Tötung geschieht kostenlos.

Hie Amnestie – hie 5 Monate.

= Vor dem Coesfelder Schöffengericht hatten sich wegen Alters, Krankheiten oder aus sonstigen Gründen gestern zwei Bocholter — ein Kraftwagenführer und ein Erwerbsloser — wegen Schmuggels zu verantworten. Die beiden hatten sich einen Personenkraftwagen geliehen, waren damit nach Aalten gefahren und nahmen den Rückweg über Alstädde — Vreden. Infolge allzu großer Schnelligkeit karambolierten sie in der Gegend von Ottenstein. Den schwer beschädigten Wagen ließen sie einfach liegen und machten sich, wohl des schlechten Gewissens wegen, aus dem Staube. Ausgerechnet kamen nach kurzer Zeit Zollbeamte des Weges, die den Wagen näher untersuchten, wobei sie etwa 4½ Zentner Schmuggelwaren (darunter 3 Zentner Tabak) entdeckten. An Hand des Nummernschildes war es natürlich nicht schwer, den Eigentümer des Wagens festzustellen, durch den man dann die Namen der Schmuggler erfuhr. Während der Fahrer amnestiert wurde, erhielt der zweite Angeklagte eine Geldstrafe in Höhe von 252 000 *M* oder sechs Monate Gefängnis und außerdem — der Angeklagte ist sehr häufig vorbestraft — fünf Monate Gefängnis. Die Verbüßung der fünf Monate wurde auf drei Jahre ausgesetzt. Der Wagen wurde eingezogen.

An die zu Entlassung kommende Schuljugend!

Am kommenden Sonntag ist im Hospiz eine Filmvorführung, die für Wandern mit Spiel und Sang werben will. Im ganzen gibts drei Filme, die unter dem Titel stehen: „Frohe Jugend auf Wanderung". Alle Jungen und Mädchen sind dazu eingeladen. Auch sonstige Jugendliche sind willkommen. Beginn 6,30 Uhr. Zur Deckung der Unkosten werden 10 Pfg. erhoben.

Das amtliche Fernsprechbuch für den OPD.-Bezirk Münster soll neu aufgelegt werden; die Vorarbeiten werden am 1. April ds. Js. abgeschlossen. Das neue Buch erscheint voraussichtlich Mitte Juni. Alle Anträge auf Aenderung der Eintragung sind tunlichst bald, spätestens bis zum 31. März, schriftlich und postfrei an dasjenige Postamt zu richten, an das die Fernsprechstelle angeschlossen ist. Kostenpflichtige Eintragungen in der jetzigen Auflage, die nicht spätestens bis zum 31. März ds. Js. gekündigt sind, werden unter Einziehung der bestimmungsmäßigen Gebühr in die Neuauflage übernommen. Wir empfehlen, einen etwa beabsichtigten Fernsprechanschluß bald anzumelden, damit der Anschluß noch in das neue Buch aufgenommen werden kann.

Vereine und Veranstaltungen.

Arbeiterinnenverein und Werkjugend. Sonntag 6,30 Uhr ist die angekündigte Filmvorführung. 10 Pfg. Eintritt. Vorher üben wir unsere neuen Lieder für die Missionskundgebung.

Theateraufführung im Vereinshaus St. Josef. Am morgigen Sonntag, abends 7 Uhr, im großen Saale Wiederholung des Schauspiels „So lang noch lebt ein Mütterlein". Numerierte Plätze.

Die letzte Reichshilfe.

Bocholt erhält im März 25 727 Mark.

= Bocholt, 17. März.

Wie unser Berliner G. W.-Vertreter an unterrichteter Stelle erfährt, hat Reichsfinanzminister Graf Schwerin von Krosigk an die Landesregierungen einen Erlaß gerichtet, in dem die Frage der Reichshilfe zur Erleichterung der Wohlfahrtslasten der Stadt Bocholt für den Monat März ihre Regelung findet. Der Reichsfinanzminister hat zur Erleichterung der Wohlfahrtslasten der Gemeinden und Gemeindeverbände im März 80 Millionen RM. bereitgestellt, und zwar 66 912 206,09 RM. aus dem Wohlfahrtshilfefonds, der auf Grund der Notverordnung des Reichspräsidenten vom 14. Juni 1932 gebildet worden ist, und den Restbetrag von 13 087 793,91 RM. aus den Ueberschüssen der Arbeitslosenversicherung. Der auf Grund der Juni-Notverordnung gebildete Wohlfahrtshilfefonds für die Gemeinden ist mit der März-Ausschüttung restlos aufgebraucht und damit tritt an die Reichsregierung Hitler das Problem der weiteren Gestaltung der Arbeitslosenhilfe heran.

Der Reichsfinanzminister hat den

Anteilbetrag der Stadt Bocholt

an der Reichshilfe zur Erleichterung der Wohlfahrtslasten der Gemeinden und Gemeindeverbände für den Monat März auf 25 727 RM. festgesetzt. Entsprechend den erlassenen Durchführungsbestimmungen des Reichsfinanzministers sind 20 Prozent dieses Anteilbetrages der Stadt Bocholt dem Landesausgleichsfonds zur Behebung besonderer kommunaler Notstände zu überweisen. Die Verteilung dieses Landesausgleichsfonds ist den Landesregierungen übertragen worden, allerdings sind auch diese Mittel nicht zur Deckung des allgemeinen Finanzbedarfs zu verwenden, sondern selbstverständlich ausschließlich zur Erleichterung der Wohlfahrtslasten der Gemeinden und Gemeindeverbände.

Die 80 Millionen RM., die der Reichsfinanzminister für März zur Erleichterung der Wohlfahrtslasten der Gemeinden und Gemeindeverbände zur Verfügung gestellt hat, werden nach entsprechenden Durchführungsbestimmungen auf die Länder, die städtischen und ländlichen Bezirksfürsorgeverbände verteilt. Als Stichtag für die Zählung der Wohlfahrtserwerbslosen ist der 31. Januar 1933 zugrundegelegt worden, also ein Termin, der der Ausschüttung der Reichswohlfahrtshilfe verhältnismäßig sehr nahe gerückt ist, was von den Städten lebhaft begrüßt werden dürfte.

In der Stadt Bocholt

gab es am 31. Januar 1933 nach der Zählung der Reichsanstalt für Arbeitslosenvermittlung und Arbeitslosenversicherung 1159 Wohlfahrtserwerbslose oder 38,3 auf 1000 Einwohner. Der Reichsfinanzminister hat diese Wohlfahrtserwerbslosen-Ziffer der Stadt Bocholt auf 1275 gestaffelt und auf 1393 veredelt. Für jeden dieser „veredelten" Wohlfahrtserwerbslosen erhält die Stadt Bocholt ihren Gruppeneinheitssatz. Das ergibt einen Anteilsbetrag an der Reichswohlfahrtshilfe für März in Bocholt von 25 727 RM. Nach Abzug von 20 Prozent für den Landesausgleichsfonds für besondere kommunale Notstände verbleibt für die Stadt Bocholt eine März-Reichswohlfahrtshilfe von 20 582 RM. Es muß ausdrücklich bemerkt werden, daß die Stadt Bocholt mit Bestimmtheit nur mit einer Reichshilfe von 20 582 RM. für den Monat März rechnen kann, wobei allerdings die Möglichkeit offen bleibt, daß Bocholt bei der Ausschüttung des Landesausgleichsfonds für besonders notleidende Gemeinden und Gemeindeverbände berücksichtigt wird. Die Entscheidung darüber wird von dem zuständigen Landesfinanzministerium zu treffen sein.

Die Stadt Bocholt erhält die März-Reichswohlfahrtshilfe in drei gleichen Raten ausbezahlt, genau wie die Reichshauptkasse den Anteil der Länder in drei Raten an die Länder überweist. Mit der März-Reichswohlfahrtshilfe erhält Bocholt zum letzten Male Reichsmittel aus dem Wohlfahrtshilfefonds auf Grund der Juni-Notverordnung. Damit wird die Frage akut, mit welcher Reichshilfe Bocholt im neuen Rechnungsjahr 1933/34 rechnen kann, eine Frage, deren Beantwortung und derer Lösung für die Gestaltung des städtischen Etats Bocholts von grundlegender und von entscheidender Bedeutung ist. Das Reichskabinett hat sich zwar informatorisch bereits mit diesen Dingen beschäftigt, aber eine endgültige Entscheidung ist bisher noch nicht getroffen worden. Insbesondere hört auch mit dem 1. April 1933 die Zeit auf, da Arbeitslose aus der Krisenfürsorge in die Wohlfahrtserwerbslosenfürsorge nicht mehr herein genommen werden dürfen, um den Gemeinden keine neuen Lasten zu schaffen. Alle diese Fragen drängen zur Lösung. Die kommunalen Spitzenverbände verlangen eine grundsätzliche Neuregelung der Arbeitslosenhilfe, eine Zusammenfassung der Arbeitslosenfürsorge, der Krisenfürsorge und der Wohlfahrtserwerbslosenfürsorge, wobei das Reich die wesentlichen Lasten tragen soll.

G. Wbm.

Aus der Umgegend.

Anholt

„Klockenmäker" Nobes 72 Jahre alt.

§ Heute wird der „Klockenmäker" Nobes, der nicht nur in der näheren Umgebung Anholts, sondern im ganzen Kreis Borken bekannt ist, 72 Jahre alt. Er ist noch äußerst rüstig und tippelt Tag für Tag seine 30 bis 35 Kilometer über die Landstraße, an der Seite ein Kästchen tragend, in dem er seine Uhrmacherwerkzeuge verstaut hat. Es kommt ihm gar nicht darauf an, gelegentlich nachts irgendwo bei einem Bauern auf Heu oder Stroh genau so mollig wie andere Sterbliche in ihrem Federbett zu schlafen. Möge der originelle Mann sich noch recht lange seines Lebens freuen.

Holländischer oder deutscher Weizen?

= Ein hiesiger Gutspächter hatte sich gestern mit vier seiner landwirtschaftlichen Gehilfen vor dem Schöffengericht in Coesfeld wegen Weizenschmuggels zu verantworten. Er war angeklagt, etwa 40 Zentner Weizen von der holländischen Seite seines Pachtgutes nach dem auf deutscher Seite gelegenen Wohnhaus geschafft zu haben. Bei einem plötzlich vorgenommenen Zugriff fanden Zollbeamte das Getreide. Die Angeklagten bestritten lebhaft, geschmuggelt zu haben, konnten aber das Gericht von ihrer Unschuld nicht überzeugen. Sie wurden sämtlich verurteilt und zwar erhielt der Gutspächter drei Monate Gefängnis und jeder der vier Gehilfen einen Monat Gefängnis. Außerdem erhielt jeder Angeklagte eine Geldstrafe in Höhe von 2500 *M* oder 25 Tage Gefängnis. Die Verbüßung der Gefängnisstrafe wurde in sämtlichen Fällen auf drei Jahre ausgesetzt.

Dingden

t. **Junggesellen-Schützenverein.** Der Vorstand des Junggesellen-Schützenvereins hielt im Lokale des Ehrenmitglieds Wilhelm Hengstermann eine Sitzung ab. Nach Wahrnehmung sonstiger Vereinsinteressen wurde der Beschluß gefaßt, die diesjährige ordentliche Generalversammlung am Sonntag, dem 2. April, nachmittags 5 Uhr, im Lokale des Ehrenmitgliedes Clemens Schmitz abzuhalten. Da sehr wichtige Punkte u. a. Vorstandswahlen usw. zu erledigen sind, mögen sich schon jetzt die Mitglieder jenen Sonntag freihalten.

Rhede

a. **Die öffentliche Versammlung der Ortsgruppe des Volksbundes Deutscher Kriegsgräberfürsorge** findet am Samstag dem 25. 3. (nicht heute) im Saale Rößing abends 8 Uhr statt. Das Programm ist aus der heutigen Anzeige zu ersehen.

= **Kath. Gesellenverein.** Ein großes öffentliches Preisschießen findet am heutigen Sonntag im Vereinslokale (Deitmer) statt. Wertvolle Gegenstände winken den besten Schützen. Das Schießen beginnt gleich nach dem Hochamte. Stechen abends 10 Uhr. 3 Schuß 10 Pfg. Zu obigem Preisschießen sind alle, auch Nichtmitglieder eingeladen.

An die ehemaligen Kriegsgefangenen.

Die ehemaligen Kriegsgefangenen von Rhede, Borken und Umgegend seien auch an dieser Stelle auf die am Sonntag vormittag in Rhede und nachmittags in Borken stattfindenden Versammlungen zur Gründung einer Ortsgruppe der Reichsvereinigung ehemaliger Kriegsgefangener (R. E. K.) hingewiesen (siehe Anzeige). Die R. E. K. wurde im Jahre 1919 als überparteilicher Zusammenschluß aller ehemals kriegsgefangenen Deutschen zur Vertretung ihrer ideellen Ziele und materiellen Interessen ins Leben gerufen. Die Zeiten wandelten sich, viele kehrten nach Empfang der staatlichen Beihilfen der R. E. K. den Rücken. Heute versieht die Bewegung in der Hauptsache die Pflege echter Kameradschaft, wie sie hinterm Stacheldraht gepflegt wurde, sie kämpft aber auch für Reform des Kriegsgefangenenrechts und für Durchführung der wirtschaftlichen Forderungen, für Entschädigungen an Arbeitsguthaben, an Löhnung, an der im Wiederaufgebiet geleisteten Arbeit. Diese Forderungen können aber nur durchgedrückt werden, wenn alle ehemaligen Kriegsgefangenen die Arbeit der Bundesleitung unterstützen und sich der Bewegung anschließen. Diesem Zweck dienen die Versammlungen in Rhede und Borken. Alle ehemaligen Kriegsgefangenen mögen sich hierzu einfinden, um sich zu begeistern für die idealen Bestrebungen der R. E. K.

Züngern

s. **Eine Ehrenkrone ist das Alter.** In geistiger und körperlicher Frische begeht am heutigen Tage die Witwe Bernhard Kleinkes ihren 82. Geburtstag. Sie verlebt ihren Lebensabend bei ihrer Tochter (Familie Peter Dücking). Sie stammt aus Biemenhorst. Wir wünschen der Altersjubilarin einen frohen Lebensabend.

Vardingholt

t. **Hohes Alter.** Am heutigen Tage feiert Großmutter Katharina Ketteler ihren 75. Geburtstag. Sie ist körperlich und geistig noch sehr rege. Ihre Lieblingsbeschäftigung ist Schweine und Hühner füttern. Möge der Jubilarin ein sonniger Lebensabend beschieden sein.

Vom Niederrhein.

Isselburg

Seines Amtes enthoben.

× **Bürgermeister Schönschecke, gegen den ein Disziplinarverfahren schwebte und der auf seinen Antrag von der Regierung beurlaubt worden war, wurde gestern morgen in einem Ortstermin, der von der Regierung Düsseldorf angesetzt worden war, seines Amtes enthoben. Stadtsekretär Jansen, über den auch verhandelt wurde, wurde mit sofortiger Wirkung beurlaubt.**

Wertherbruch

t. **Unglücksfall.** Auf einem hiesigen Gehöft ereignete sich ein schwerer Unfall. Als der Tagelöhner W. von hier einen Hengst zum Decken führte, erhielt er von dem Tier infolge eines Fehlsprunges einen derartigen Schlag ins Gesicht, daß er ins Krankenhaus gebracht werden mußte.

Ringenberg

ö. **Vereinskalender. Arbeiterverein:** Sonntag 7 Uhr satzungsgemäß gem. hl. Kommunion. Nachm. 6 Uhr Versammlung. — **Jungmännerverein:** Der Liederabend fällt wegen des liturg. Kursus aus. — **D. J. K.:** Sonntag von 11—12 Uhr Turnen. Turnen am Freitag fällt aus wegen liturg. Kursus. — **Jungschar:** 1. Abt. Turnen Sonntag von 11—12 Uhr, 2. Abt. Mittwoch von 3—4,30 Uhr nachm. Von Dienstag bis Freitag einschl. um 3 Uhr nachm. Ueben für den Elternabend am 26. 3. — **Jungfrauenkongregation:** Montag von 8,30 Uhr Turn- und Spielabend. Kirchenchorproben fallen wegen des liturg. Kursus ebenfalls aus.

Märkte.

Bocholter Marktbericht.

Aufgebaut waren 35 Gemüsestände, 5 Fleischstände, 23 Kartoffelstände, 5 Käsestände, 32 Butterstände, 103 Eierstände, 1 Geflügelstand. Preise: Kartoffeln Ztr. 2,50 *M*, Rotkohl Pfd. 10—20 ₰, Weißkohl Pfd. 10 ₰, Wirsing Pfd. 10—20 ₰, Blumenkohl Stück 30—35 ₰, Aepfel Pfd. 15—35 ₰, Weintrauben Pfd. 70 ₰, Bananen Pfd. 35 ₰, Zitronen Stück 5—7 ₰, Zwiebeln Pfd. 10 ₰, Tomaten Pfd. 60 ₰, Sellerie Stück 10—20 ₰, Spinat Pfd. 20 ₰, Möhren Pfd. 7—10 ₰, Salat Stück 20—30 ₰, Butter Pfd. 1,00—1,20 *M*, Eier Stück 6—6½ ₰, Rindfleisch Pfd. 60 ₰, Schweinefleisch Pfd. 70 ₰, Fische Pfd. 25—50 ₰, Käse Pfd. 0,50— 1,00 *M*, Geflügel Pfd. 75 ₰.

Verantwortlich: Für Politik Chefredakteur Dr. Maier, für Westdeutschland F. W. Schulze, für Feuilleton Peter Galaun, für Handel und Sport Dr. A. Henkel, sämtlich in Dortmund, für Münster und das Münsterland Dr. Fritz Stricker, Münster i. W. Berliner Redaktion: Dr. Ernst Häfner, Berlin-Lichterfelde. Für den lokalen Teil: P. Schmitt, für den lokalen Anzeigenteil: St. Jsopp, beide in Bocholt. Verlag: J. & A. Temming, Bocholt. Druck: „Aero" G.m.b.H., Münster i. W.

Längst sind wir für Innendekoration und Teppiche vorbildlich
davon sprechen die unzähligen von uns ausgestatteten Groß- und Kleinwohnungen eine beredte Sprache
Sie sehen alle Stoffe, die es auf dem Gebiete der Fensterbekleidung gibt.
Sie sehen alle Teppiche, die ein großes Spezialhaus führt.
Sie werden kostenlos beraten bei Neu- und Umgestaltung Ihres Heims.
2436
ZAUDY, Wesel

HOTEL LINDENHOF. Samstag 8 Uhr, Sonntag 5 Uhr

Alex Stöcker und sein Orchester

Nicht zu übertreffende, bisher in Bocholt noch nicht dargebotene Leistungen in Musik, Gesang und Stimmung! Sonntag von 11—1 Uhr alte und neue **Marschmusik.** [1947g — Auto- und Fahrradwache. —

Café-Restaurant Joh. Imping

Im

Schlager-Museum

große Konzerte

der beliebten Stimmungskapelle **„Sorgenbrecher"**

In der Konditorei stets etwas Neues. [1953g

Vereinshaus St. Josef

Sonntag, den 19. März abends 7 Uhr

„Solang dein Mütterlein noch lebt"

Schauspiel in 5 Akten.

Restauration zum



Sonntag, den 19 März

Konzert mit Tanz

Erstkl. Musik (4 Mann Besetzung.

Inh. **W. Müllers.**

Hotel-Restaurant „Stadt Münster"

Inh.: A. Jting.

Sonntag, den 19. März

Konzert

Erstkl. Musik. [2004g

Winzerhaus Rheinterrasse

„Zum Feuerwehrmann".

Sonntag [2002g

Stimmungskonzert

Restauration

4 Jahreszeiten

Sonntag, den 18. März 1933, großes

Stimmungskonzert mit Tanzeinlagen

Stimmungskapelle Geerling.

1954g) **Heinrich Frenk.**

Westfälischer Hof

1987g) Inh.: W. Scholten

Sonntag, den 19. März

großes Konzert

Stimmung! Humor! Tanz!

Zum Allerhöchsten

Sonntag, den 19. März 2003b

Konzert und Tanz.

August am Jazz.

Samstag und Sonntag Preisschießen.

Tagespreise.

Es ladet frdl. ein **Joh. Meinen.**

Im Rosengarten von Sanssouci

Restaurant **Bernh. Grotstebel.**

Sonntag, den 19., ab 7 Uhr, [1961g

Konzert mit Tanzeinlagen

Kapelle Wienand. — Eintritt frei.

Kreis-Krieger-Verband Bocholt.

Zu der

Vaterländischen Kundgebung

am Dienstag, dem 21. cr. (National-Feiertag),

treten sämtliche Kriegervereine mit ihren Fahnen um **19,15 Uhr** auf dem Kaiser-Franz-Josef-Platz an. — Reihenfolge wie bereits für Kriegerfest festgelegt. — Die Vereine rücken ¼ Stunde vorher von den Vereinslokalen ab.

Achtung!

Meine Damen und Herren!

Für nur **10** Pfg.

fahren Sie mit dem Stadtomnibus zum

Tierpark Kaisergarten

1926i

Frühjahrs-Neuheiten!

in Gardinen u. Dekorationen

— finden Sie —

in reicher Auswahl

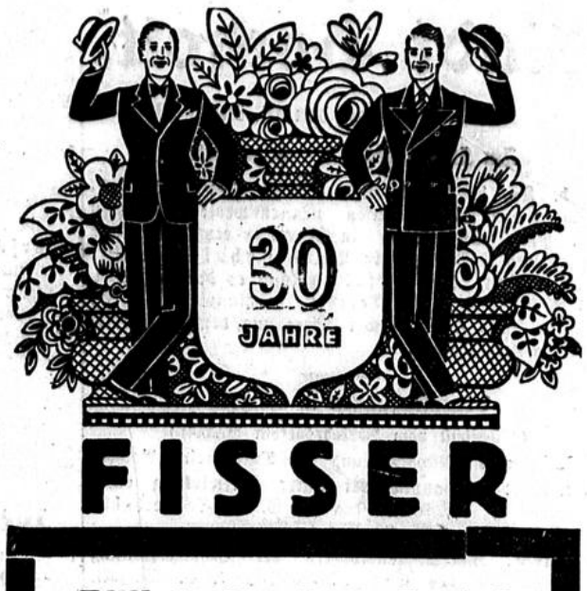
in guter Qualität

in billiger Preislage

bei

Hermann Hemsing, Nordstr. 12

Beachten Sie mein Schaufenster. 1982e



FISSER

Billigkeit ohne Ende!

Qualität ohnegleichen!

Das ist der beste Beweis für das große FISSER-Jubiläum! Dieser große Jubiläumsverkauf übertrifft doch tatsächlich in jeder Beziehung die kühnsten Erwartungen!

HERREN-ANZUGE

Griffige Stoffe! : Letzte Musterungen!

Jubiläumspreise!

58.— 48.— 32.— 24.— 19.50

SPORT-ANZUGE

Flotte Formen und herrl. Musterungen!

Jubiläumspreise!

44.— 34.— 29.50 21.— 16.50

GABARDINE-MÄNTEL

vortreffliche Qualitäten, hervorragend verarbeitet

Jubiläumspreise!

54.— 45.— 38.— 26.75 18.75

J. B. FISSER

NORDSTRASSE 39

19798

Mannschaftskampf im Boxen

am Sonntag, dem 19. März, nachmittags 6 Uhr, im Saalbau des „Großen Kurfürsten" zu Bocholt.

Westfalenstaffel-Box-Sport Dortmund gegen Athletik-Sportvereinigung 1894 Bocholt.

Kämpfe im Fliegen- bis Schwergewicht.

KAMPFFOLGE

Dortmund:		Bocholt:
Fliegengewicht:	Weidemann	Looschke (Westfälischer Gaumeister)
Bantamgewicht:	Ostrowski (mehrfacher Gaumeister)	Bußkönnig
Federgewicht:	Wilke (Deutscher Meister 1931)	Look
Leichtgewicht:	Lüdeke	Holten
Weltergewicht:	Stunz (mehrfacher Kreismeister)	Frericks
Mittelgewicht:	Bröchler	Raab
Halbschwergew.:	Biegel	Koppers
Schwergewicht:	Jegus	Füllings
Federgewicht:	Torlop (II. Gaumeister, Westfalengau)	Wilting

Nebst Einlagekampf im Jugend-Papiergewicht.

EINTRITTSPREISE: Im Vorverkauf: An der Kasse:

1. Ringplatz: 1,00 Mk. 1,25 Mk.
2. Ringplatz: 0,75 Mk. 1,00 Mk.
Stehplatz: 0,40 Mk. 0,50 Mk.

Erwerbslose 0,30 Mk., Schüler unter 14 Jahren 0,20 Mk. nur an der Kasse.

Vorverkauf in den Zigarrengeschäften Erich Lobner (Nordstr.) und Josef Niewenhäusen (Dinxperloer Str.).

Der Vorstand der Athletik-Sportvereinigung 1894.

Das Buch von Augustin Wibbelt

„Kleinkraom"

ist für 2.85 Mk. brosch. zu haben bei

Temming & Heilborn

Nordstraße 27.

Habe mich in der elterlichen Wohnung als

Schneiderin

niedergelassen u. bitte um geneigten Zuspruch.

Arbeite auf Wunsch auch außerhalb d. Hauses.

Anna Enck, Liedern 75.

Stoffe

Unsere

sind billig und gut. — Kommen Sie zu uns. — Wir zeigen Ihnen die herrlichsten Frühjahrsneuheiten in vorbildlicher Auswahl. Bitte, suchen Sie aus:

Mantel-Shetland
ca. 145 cm br., reine Wolle per Meter: **2.95**

Mantel-Stoffe
engl. gemustert, 140 cm br., nur neue Dessins, in reichster Auswahl, per Meter: 5.20, 3.90, 2.20, **1.45**

Gabardine
imprägniert, 140 cm breit, per Meter: 4.85, **3.75**

Boucle-Chevron
elegt. Mantelware, 140 cm breit . . per Meter: 6.45, **4.90**

Kamelhaar
letzte Neuheit, 140 cm br., reine Wolle . per Meter: **4.10**

Hahnentritt
die große Mode, per Meter: 1.95, 1.65, **1.35**

Hammerschlag
reine Wolle, in allen Modefarben, p. Meter: 2.20, 1.35, **0.88**

Flamenga
reine Wolle, m. Kunstseide, per Meter: 3.90, 2.95, 2.40, **1.95**

Wellenschaum-Crepe
elegt. Kunstseidenware, ca. 100 cm breit, per Meter: 4.80, 2.95, **2.25**

FUTTERSTOFFE

Kunstseiden-Maroc
ca. 100 cm breit, per Meter: 1.75, 1.35, **1.10**

Kunstseiden-Serge
per Meter: 1.75, 1.25, **0.95**

Wilh. Huisinkveld

1978a Nordstraße 41

Spezialhaus für Kleiderstoffe und Seidenwaren.

Haben Sie Bedarf an

Bestecke

so besuchen Sie mein Fachgeschäft, habe ein großes Lager erster Firmen.

72teiliges Besteck

mit Vorleger, 90% Silberauflage mit 25 Jahre Garantie, Messer rostfreie Klinge, von 80 Mk. an. In echt Silber, 72 Teile von 230 Mk. und höher.

Auch zur Kommunion und Konfirmation finden Sie schöne Geschenke.

Ludwig Hallen,

Ostermarkt.

Bocholt i. W.

Geschäftseröffnung!

Den geehrten Bewohnern von Krechting und Umgegend zur gefl. Kenntnisnahme, daß ich im elterlichen Hause **KRECHTING 15** eine (1950

Damen- und Herren-Schneiderei

eröffnet habe.

Es wird mein Bestreben sein, die verehrte Kundschaft in jeder Weise zufrieden zu stellen und bitte ich mein junges Unternehmen unterstützen zu wollen.

Gleichzeitig bringe ich meine reichhaltige **Musterkollektion** in empfehlende Erinnerung.

Ernst Hickisch,

Krechting b. Rhede i. W.

Geschäftseröffnung

Mit dem heutigen Tage eröffne ich im Hause

Nordallee 2

mein

Polstermöbel- und Dekorationsgeschäft.

Bitte besichtigen Sie die Auslagen in meinen Schaufenstern und überzeugen Sie sich von soliden Preisen und Qualitätsgüte. (1975

Ernst Dörr, Polstermeister.

Geschäftsempfehlung.

Gebe der werten Einwohnerschaft von Bocholt und Umgebung bekannt, daß ich in meinem elterlichen Hause, **Schwanenstraße 7,** ein (19838

Putzatelier

eröffnet habe. Es wird mein Bestreben sein, meine Kundschaft auf das beste zu bedienen und ich bitte, mich in meinem Unternehmen freundlichst unterstützen zu wollen.

Aenne Geuting, Modistin

Bocholt, Schwanenstr. 7.

Drucksachen in kürzester Zeit bei **J. & A. Temming**

Beilage

Keine Sitz

Der Preußisch
am 21. März eine
wenig belangreiche
sollten. Der Reichs
von Papen, hat a
Staatsrats, Dr. Ad
tet, die geplant
sen, da diese infolg
flüssig geworden sei
ser Sitzung zu klein
ten zu können. Dr.
Mitglieder des bish
ben gerichtet, in dem
Ueberlegung und
nicht vorlägen, den
missars stattge
März und folgende

Person im preußisch

Wie der Amtliche
der Ministerialrat
laub nachgesucht, un
Wiederübernahme ei
laubt wurden ferner
Dr. Heinemann,
Geheimer Regierungs
Gleichzeitig wurd
rufen: Professor
Ahlmann-Kiel,
nover, Magistratsrat
fessor Dr. Wahlen
des Preußischen Land
und Lehrer Meiste

Fristenverlä setzu

Nach den Bestimm
Instandsetzungs- und
ten vor dem 1. April
1. Juli 1933 vollend
hat nunmehr die Fri
ten vor dem 1. Ju
testens am 1. Sep
müssen. Auch weiter
träge zu berücksichtige
kürzester Frist mit de

Freimarken n H

Die Deutsche Reic
Vorarbeiten eingeleite
nigwerte der F
dem neuen re
Reichspräsident
zugeben. Die Freima
also verschwinden.
Herbst erscheinenden
aus den Werken Rich
die Deutsche Reichspo
mit den Bildni
sönlichkeiten in
sie neben den Marke
Verkehr zu setzen.

Generalversa vereins chri

Am vergangenen
die 21. Generalv
vereins christlich
lands. Die Eröffnu
tag abend durch den
Imbusch. Seine
gleichen die Ausführu
den Bernhard Otte
Eudenbach vom T
getragen von tiefernst
Vaterland. Das echt
nalen Gewerkschaftsbe
den Zeit stark, aufrech
erprobten und disziplin
der christlichen Gewer
Zeiten der Vergangen
Ruhe und Ordnung i
die Gegenwart gleich
zum Segen unseres Va

Der Vorsitzende de
Gewerkschaften, Bernh
gegenwärtigen Zeit v
Ueberlegung, feste Re
wahren. Nichts ist tö
von Verboten der G
neuen Machthaber ha
man Einrichtungen, d
herausgewachsen sind,
lich verankert sind, ni
gegenwärtigen Revolu
friedenheit mit den
Ausdruck, sondern auc
Millionen von
ren Wirtschafts
kommen. Daß bei
Gewerkschaftsbewegung
und muß, liegt ganz
dig, daß wir allen Re
ein Stück Feigheit ve
und nach wie vor ent
serer Ziele weiterarbe

Der Redner erinn
Gewerkschaftsbewegung
Gewerkschaftsbewegung
Bergarbeiter insbeson
unvergängliche Verdie
ren Revolutionsjahren
der Zeit der Separat
Und heute, wo in deu
Saargebiet, um
stehen unsere Leute mi

Wie in der Verga
rückweisung von Angri
vereins Imbusch seine
in Zukunft mita
tung der wirtsch
Verhältnisse U
arbeiten an der
und sittlichen H
des, aber gleich
zen und unserm
den schweren Kämpfen
stehen, wird der Gew
Schulter an Schulter
christlichen Gewerksch
Gestaltung des deutsch
Wohl unseres deutschen

Keine Sitzung des Preußischen Staatsrats.

Berlin, 16. März.

Der Preußische Staatsrat hatte die Absicht, am 21. März eine Sitzung abzuhalten, auf der einige wenig belangreiche Angelegenheiten erledigt werden sollten. Der Reichskommissar für Preußen, Vizekanzler von Papen, hat am Mittwoch an den Präsidenten des Staatsrats, Dr. Adenauer, das Ersuchen gerichtet, die geplante Sitzung ausfallen zu lassen, da diese infolge der politischen Ereignisse überflüssig geworden sei und überdies die Tagesordnung dieser Sitzung zu klein sei, um die Einberufung verantworten zu können. Dr. Adenauer hat daraufhin an die Mitglieder des bisherigen Staatsrates ein Rundschreiben gerichtet, in dem er mitteilt, daß er nach reichlicher Ueberlegung und da dringende Beratungsgegenstände nicht vorlägen, dem Ersuchen des Reichskommissars stattgebe und die Tagung für den 21. März und folgende Tage absage.

Personalveränderungen im preußischen Kultusministerium.

TU **Berlin**, 16. März.

Wie der Amtliche Preußische Pressedienst mitteilt, hat der Ministerialrat Prof. Dr. Windelband um Urlaub nachgesucht, um sich auf die in Aussicht stehende Wiederübernahme einer Professur vorzubereiten. Beurlaubt wurden ferner die Ministerialräte Haas, Frau Dr. Heinemann, Hylla, Landé, Dr. Leist und Geheimer Regierungsrat Menzel.

Gleichzeitig wurden in das Ministerium berufen: Professor Dr. Achelis-Leipzig, Dr. Dr. Ahlmann-Kiel, Landgerichtsrat Schnöring-Hannover, Magistratsrat Dr. Bojunga-Hannover, Professor Dr. Vahlen-Greifswald und die Abgeordneten des Preußischen Landtags Studienrat Dr. Löpelmann und Lehrer Meister.

Fristenverlängerung für Instandsetzungszuschüsse.

w **Berlin**, 16. März.

Nach den Bestimmungen über die Reichszuschüsse für Instandsetzungs- und Umbauarbeiten mußten die Arbeiten vor dem 1. April 1933 begonnen und spätestens am 1. Juli 1933 vollendet sein. Der Reichsarbeitsminister hat nunmehr die Fristen dahin geändert, daß die Arbeiten vor dem 1. Juni 1933 begonnen und spätestens am 1. September 1933 vollendet sein müssen. Auch weiterhin sind jedoch in erster Linie Anträge zu berücksichtigen, bei denen sofort oder innerhalb kürzester Frist mit den Arbeiten begonnen wird.

Freimarken nur noch mit dem Bilde Hindenburgs.

tu **Berlin**, 16. März.

Die Deutsche Reichspost hat die nötigen technischen Vorarbeiten eingeleitet, um in nächsten Zeit die Pfennigwerte der Freimarken allgemein mit dem neuen reliefartigen Bildnis des Reichspräsidenten von Hindenburg herauszugeben. Die Freimarken mit dem Bilde Eberts werden also verschwinden. Die diesjährigen, wie immer im Herbst erscheinenden Wohlfahrtsmarken werden Bilder aus den Werken Richard Wagners tragen. Ferner plant die Deutsche Reichspost, später auch Sondermarken mit den Bildnissen großer deutscher Persönlichkeiten in beschränkter Anzahl herzustellen und sie neben den Marken der Hindenburg-Ausgabe in den Verkehr zu setzen.

Generalversammlung des Gewerkvereins christlicher Bergarbeiter.

Am vergangenen Sonntag begann in Königswinter die 21. Generalversammlung des Gewerkvereins christlicher Bergarbeiter Deutschlands. Die Eröffnung der Tagung erfolgte am Sonntag abend durch den Gewerkvereinsvorsitzenden Heinrich Imbusch. Seine herzlichen Begrüßungsworte, desgleichen die Ausführungen des Gesamtverbandsvorsitzenden Bernhard Otte und des Geschäftsführers Johannes Eudenbach vom Deutschen Gewerkschaftsbund waren getragen von tiefernster Verantwortung für Volk und Vaterland. Das echte Führertum in der christlich-nationalen Gewerkschaftsbewegung steht in dieser schwankenden Zeit stark, aufrecht und entschlossen vor einer kampferprobten und disziplinierten Mitgliedschaft. Die Front der christlichen Gewerkschaften stand in den stürmischen Zeiten der Vergangenheit stets als ein Eckpfeiler der Ruhe und Ordnung in unserem Vaterlande. Das zeigt die Gegenwart gleichfalls. Das wird auch in Zukunft zum Segen unseres Volkes der Fall sein.

Der Vorsitzende des Gesamtverbandes der christlichen Gewerkschaften, Bernhard Otte, führte aus, daß in der gegenwärtigen Zeit vor allem eines notwendig sei: kühle Ueberlegung, feste Nerven und zielbewußtes Wollen bewahren. Nichts ist törichter, sagte Otte weiter, als etwa von Verboten der Gewerkschaften zu reden. Auch die neuen Machthaber haben inzwischen schon erkannt, daß man Einrichtungen, die organisch aus dem Volksleben herausgewachsen sind, und Bewegungen, die weltanschaulich verankert sind, nicht einfach ausrotten kann. In der gegenwärtigen Revolution kommt nicht allein die Unzufriedenheit mit den staatspolitischen Verhältnissen zum Ausdruck, sondern auch der unbändige Wille von Millionen von Menschen, zu einer besseren Wirtschafts- und Sozialordnung zu kommen. Daß bei der Zukunftsgestaltung gerade die Gewerkschaftsbewegung maßgebenden Anteil haben wird und muß, liegt ganz klar auf der Hand. Es ist notwendig, daß wir allen Redereien, hinter denen sich oft auch ein Stück Feigheit verbirgt, schärfstens entgegentreten und nach wie vor entschieden an der Verwirklichung unserer Ziele weiterarbeiten.

Der Redner erinnerte dann daran, daß die deutsche Gewerkschaftsbewegung, vor allem aber auch die christliche Gewerkschaftsbewegung und der Gewerkverein christlicher Bergarbeiter insbesondere sich geradezu gewaltige und unvergängliche Verdienste erworben haben in den schweren Revolutionsjahren, in der Zeit des Ruhrkampfes und der Zeit der Separatisten- und Insurgentenherrschaft. Und heute, wo in deutschen Grenzlanden, vor allem im Saargebiet, um deutsches Schicksal gerungen wird, stehen unsere Leute mit im Vordertreffen.

Wie in der Vergangenheit, so schloß Otte nach Zurückweisung von Angriffen auf den Führer des Gewerkvereins Imbusch seine Ausführungen, wollen wir auch in Zukunft mitarbeiten an der Neugestaltung der wirtschaftlichen und sozialen Verhältnisse. Unser Ziel bleibt nach wie vor: zu arbeiten an der wirtschaftlichen, geistigen und sittlichen Hebung des Arbeiterstandes, aber gleichzeitig auch dem Volksganzen und unserm Vaterland zu dienen. Bei den schweren Kämpfen, die uns in Zukunft noch bevorstehen, wird der Gewerkverein christlicher Bergarbeiter Schulter an Schulter mit den anderen Verbänden der christlichen Gewerkschaften eintreten für eine sinnvollere Gestaltung des deutschen Arbeiterschicksals und für das Wohl unseres deutschen Vaterlandes.

Zahlungssperre gegenüber der Tschechoslowakei.

Die Antwort auf eine tschechische Maßnahme.

◇ **Berlin**, 17. März.

Amtlich wird mitgeteilt: Die tschechoslowakische Regierung hat, ohne mit der deutschen Regierung deshalb vorher Fühlung zu nehmen, eine allgemeine Sperre der Transferierung sämtlicher Zahlungen nach Deutschland angeordnet und bestimmt, daß Zahlungen nur auf Sammelkonten, die bei tschechoslowakischen Großbanken errichtet werden, erfolgen dürfen. Diese Maßnahme gilt für Zahlungen im Waren- und Kapitalverkehr sowie für sonstige Zahlungen. Sie ist getroffen worden, obwohl in Deutschland im Rahmen der Devisenbestimmungen solche Zahlungen nach der Tschechoslowakei bisher stets geleistet werden konnten und durch besondere Abkommen zwischen den beiderseitigen Notenbanken noch weitere Erleichterungen für den deutsch-tschechoslowakischen Zahlungsverkehr getroffen worden waren. Es hat sich deshalb als notwendig erwiesen, deutscherseits geeignete Gegenmaßnahmen auf dem Gebiet des Zahlungsverkehrs gegen das Vorgehen der tschechoslowakischen Regierung zu treffen.

Der Reichswirtschaftsminister hat daher mit sofortiger Wirkung angeordnet, daß Zahlungen für Warenlieferungen tschechoslowakischen Ursprungs oder tschechoslowakischer Herkunft bis auf weiteres nicht mehr geleistet werden dürfen.

Die Devisenbewirtschaftungsstellen werden deshalb künftighin keine Genehmigungen mehr für diese Zwecke erteilen und auch keine neuen Verrechnungsgeschäfte mehr genehmigen. Ebenso dürfen deutsche Firmen, die im Besitz von sogenannten allgemeinen Devisengenehmigungen sind, auf Grund dieser Genehmigungen keine Zahlungen mehr für Waren tschechoslowakischen Ursprungs oder tschechoslowakischer Herkunft leisten. Endlich sind die Konten, die bei deutschen Banken für Rechnung tschechoslowakischer Exporteure geführt werden, vorläufig gesperrt worden. Das Zahlungsverbot bezieht sich auf solche Zahlungen in jeder Form, die im Inland für Rechnung tschechoslowakischer Exporteure geleistet werden.

Ein gleiches Verbot ist ferner für die Einlösung von Schecks und Wechseln zugunsten von in der Tschechoslowakei ansässigen Personen und für Zahlungen aller anderen Art, wie Zinsen, Dividenden, Kapitalrückzahlungen, Reisekosten usw. nach der Tschechoslowakei oder zugunsten von in der Tschechoslowakei ansässigen Personen im Inland getroffen worden.

Ferner wird durch eine besondere Durchführungsverordnung die im Zahlungsverkehr mit dem übrigen Ausland auch weiterhin in Kraft bleibende Freigrenze von 200 RM gegenüber der Tschechoslowakei bis auf weiteres auf 50 RM herabgesetzt. Diese Bestimmung findet auch auf den Reiseverkehr Anwendung.

Die bisher geltende Regelung, daß für Reisen nach der Tschechoslowakei über die Freigrenze hinaus weitere 500 RM über die Grenze mitgenommen werden dürfen, wird vorläufig außer Kraft gesetzt.

Zur Kontrolle über die Einhaltung der Zahlungsbeschränkungen sind besondere Anordnungen ergangen. Es wird in diesem Zusammenhang auch darauf hingewiesen, daß auf Grund der Verordnung des Reichspräsidenten zum Schutze von Volk und Staat vom 28. Februar 1933 das Postgeheimnis eingeschränkt worden ist.

Es wird in Deutschland niemand geben, der diese durch das tschechoslowakische Vorgehen veranlaßte Entwicklung nicht bedauert. Es ist zu hoffen, daß durch baldige Aufnahme von Verhandlungen eine Regelung gefunden wird, die für beide Länder erträglich ist.

Ein Bauernhof nach dem andern sollte angezündet werden.

Ein 17jähriger Knecht als Brandstifter von Bixterhausen gefaßt. – Tiere mußten elend verbrennen. – Der Täter gesteht seine Taten.

— **Menden**, 17. März.

Die Bevölkerung von Bixterhausen bei Sümmern (Amt Menden) und der ganzen Umgegend befand sich in dieser Woche in einer ungeheuren Aufregung. Nicht weniger als drei große Brände waren in der kleinen Ortschaft zu verzeichnen, die jedesmal großen Schaden anrichteten. Am Montag abend stand plötzlich das Wirtschaftsgebäude des Gutes Schulte-Richter in Flammen. Viel wertvolles Inventar und große Vorräte verbrannten. Am Dienstag abend brannte plötzlich das Wirtschaftshaus des Hofes Tillmann. In den Flammen kamen drei Rinder und 2 Pferde um, auch hier wurde wieder viel Intentar vernichtet. Man vermutete sofort Brandstiftung. Ein umfassender Sicherheitsdienst wurde eingerichtet, die Höfe wurden unter scharfe Bewachung gestellt. Am Mittwoch abend wurde eine Person beobachtet, die an dem stehengebliebenen Wohnhaus des Landwirts Schulte-Richter sich zu schaffen machte, doch konnte die Person in der Dunkelheit entkommen. Am Donnerstag abend ereignete sich die größte Brandkatastrophe. Während die Familie Tillmann beim Abendessen am Tisch saß, ertönten wieder die Rufe: „Es brennt! Es brennt!" Das große Wohnhaus stand in Flammen! Trotz aller Anstrengungen der vereinigten Wehren konnte nur wenig gerettet werden. Das große, alte Bauernhaus brannte völlig nieder, es bildet zur Zeit nur einen großen, rauchenden Trümmerhaufen.

Während der Löscharbeiten in den Nachtstunden fiel einem Familienmitglied plötzlich ein, daß der 17jährige Knecht Herbert Bäumer, der erst vor ca. fünf Wochen in Dienst getreten war und aus der Nähe Dortmunds stammt, nicht die ganze Zeit am Abendtisch gesessen hätte. Er schöpfte Verdacht und teilte diesen einem Landjäger mit. Der Bursche wurde sofort in ein scharfes Verhör genommen und gestand schließlich ein, die Häuser in Brand gesetzt zu haben. Die Wut der Volksmenge war so groß, daß die Polizei den Brandstifter sofort wegführen mußte, da sonst die Gefahr bestand, daß man ihn in die Flammen gestoßen hätte. Als man ihn fragte, weshalb er die Brandstiftungen begangen hätte, gab er an, er hätte so gern große Feuer gesehen!

Die Dreistigkeit des Burschen ist unglaublich. Während bei den Löscharbeiten die Bewohner Verwünschungen gegen die Brandstifter ausstießen, stand er dabei und schimpfte kräftig mit. Einen Brand hat er wie folgt angelegt: Als er abends die Tiere zu füttern hatte, brachte er große Mengen Heu in den Stall, und noch ehe die Tiere zu fressen begannen, steckte er die Vorräte an, so daß die Tiere gleich mitten in den Flammen standen und elend verbrannten!

Der Sachschaden ist ganz gewaltig. Nach seinen eigenen Aussagen hatte der Bursche die Absicht, nach und nach einen Hof nach dem andern in Brand zu setzen. Es ist also ein großes Glück, daß er in der Nacht von Donnerstag auf Freitag unschädlich gemacht werden konnte. Die Bevölkerung kann nun wieder aufatmen.

*

Ein großer Bauernhof ein Raub der Flammen.

Es wird Brandstiftung angenommen.

+ **Opherdicke**, 18. März.

Am Freitagmorgen kurz vor 5 Uhr brach auf dem Hofe Schulze-Altendorf im Ortsteil Altendorf Feuer aus, das sich in ganz kurzer Zeit über Wohnhaus und Stallung verbreitete, sodaß gegen 6 Uhr bereits das ganze Anwesen in hellen Flammen stand. Das Feuer fand in dem alten Gebälk des Fachwerkhauses und in den großen Stroh- und Heuvorräten, die auf den Böden lagerten, reichliche Nahrung. Der herrschende Sturm hat dann das Feuer noch sehr begünstigt. Die beiden Wehren von Dellwig und Altendorf waren wohl sehr schnell an den Brandherd geeilt, jedoch war an ein Löschen des Feuers nicht zu denken. Die Wehren beschränkten sich nun darauf, die nebenstehende große massive Scheune, die den größten Teil der Erntevorräte enthielt, kalt zu halten. Die herbeigeeilten Nachbaren hatten gleich mit der Rettung des Viehs begonnen, woran sich die Wehren ebenfalls tatkräftig beteiligten. Es ist gelungen, den ganzen Viehbestand zu retten, auch der größte Teil der landwirtschaftlichen Geräte konnte gerettet werden, jedoch ist ein großer Teil des Hausmobilars dem wütenden Element zum Opfer gefallen. Die Entstehungsursache des Brandes ist zwar noch unbekannt, jedoch nimmt man Brandstiftung an, da das Feuer sowohl im Wohnhause als auch in dem angebauten großen Stallgebäude gleichzeitig auflloderte. Gegen 8 Uhr morgens war der große schöne Schulzenhof in einen Trümmerhaufen verwandelt. Die Polizei hat die Ermittlungen nach der Brandursache sofort aufgenommen.

Aus Westdeutschland.

Der neue Leiter des Arbeitsamtes.

Gelsenkirchen, 17. März.

Zum vorläufigen Leiter des Gelsenkirchener Arbeitsamtes wurde Oberregierungsrat Bock aus Münster, der seither beim Landesarbeitsamt Dortmund tätig war, für den von seinem Posten beurlaubten früheren Leiter, Halbfell, ernannt.

Im verschlossenen Keller verbrannt.

CNB **Wuppertal**, 17. März.

In einem Hauskeller in Elberfeld, dessen Tür von innen verschlossen war, wurde ein 30jähriges Mädchen brennend aufgefunden. Obwohl man sofort versuchte, die Flammen zu ersticken, erlag die Unglückliche ihren Verletzungen. Die Feuerwehr benachrichtigte sofort die Mordkommission. Die näheren Umstände der Angelegenheit sind noch ungeklärt.

Der letzte Nationalsozialist aus dem Essener Gefängnis entlassen.

w **Essen**, 17. März.

Der 20 Jahre alte SA-Mann Ditthard, der kurz vor der vorletzten Reichstagswahl einen Reichsbannermann erschoß, wurde gestern aus der Untersuchungshaft entlassen. Am 20 März sollte der Prozeß gegen ihn wegen Totschlags vor dem Essener Schwurgericht stattfinden. Der Termin war jedoch aufgeschoben worden. Als Grund für die Entlassung wird angegeben, daß Ditthard nicht mehr haftfähig war. Somit ist der letzte in Essen in Haft gewesene Nationalsozialist entlassen.

Frau eines Oberlandjägers niedergeschossen.

Die Tat mit dem Leben gebüßt.

tu **Erkelenz** (Rheinland), 17. März.

In der Nacht zum Freitag wurde die Frau des Oberlandjägers Körper in Rieder-Krüchten in ihrer Wohnung von dem zu einer Vernehmung geladenen Kommunisten Anton Hilgers aus Heyen bei Rieder-Krüchten durch einen Kopfschuß schwer verletzt. Der vernehmende Oberlandjäger hatte für einen Augenblick das Zimmer verlassen. Er hörte den Schuß fallen und begab sich zum Tatort. Der Kommunist gab auf den eintretenden Oberlandjäger gleichfalls zwei Schüsse ab, die jedoch nicht trafen. Der Oberlandjäger streckte den Täter durch einen Halsschuß nieder. Der Kommunist war sofort tot. Die Frau des Oberlandjägers wurde in hoffnungslosem Zustand in das Krankenhaus nach Gladbach gebracht.

Zurückgenommene Kündigungen.

◆ **Krefeld**, 17. März.

Große Aufregung und einhelligen Widerspruch bei Presse und Oeffentlichkeit hatten kürzlich die Kündigungen gefunden, die einen erheblichen Teil der Künstlerschaft des Krefelder Stadttheaters trafen, die das Werk einer inzwischen erledigten Clique gewesen sind, wobei nicht ganz ersichtlich ist, welche Rolle der neue Intendant Herbert Michels gespielt hat. Jetzt wird nach wochenlangem Hin und Her mitgeteilt, daß die Kündigungen bis auf zwei zurückgenommen worden sind. Ein wenig erfreuliches Kapitel Krefelder Theatergeschichte findet damit einen befriedigenden Abschluß.

Todesurteil für Raubmord an einem Geldbriefträger.

tu **Frankfurt** (Main), 17. März.

Der 1. Strafsenat des Reichsgerichts hatte am Freitag die Revision des Autoschlossers Willi Kirsch zu verhandeln, der am 14. Januar d. J. vom Schwurgericht Frankfurt a. M wegen Raubmordes zum Tode verurteilt worden war. Der Senat hat die Revision verworfen, und das Todesurteil ist damit rechtskräftig geworden. Kirsch, der zurzeit der Tat erst 19 Jahre alt war, hatte am 1. Dezember 1932 den Geldbriefträger Johann Hofmann durch einen Schuß in den Kopf getötet und beraubt, nachdem er ihn in die Wohnung seiner Großmutter gelockt hatte.

Elf Kommunisten festgenommen.

CNB **Osnabrück**, 17. März.

Von der Polizei wurden elf Angehörige der KPD festgenommen. Ebenso konnten Flugblätter hochverräterischen Inhalt beschlagnahmt werden. Unter den festgenommenen Kommunisten befinden sich Funktionäre aus dem Industriegebiet, die polizeilich gesucht wurden und bei denen es sich z. T. um Landtagsabgeordnete, Provinziallandtagsabgeordnete und Staatsratsmitglieder handelt.

Weiteres kommunistisches Sprengstofflager im Harz entdeckt.

CNB **Hannover**, 17. März.

Im Verlaufe der Polizeiaktion gegen die KPD. ist jetzt wiederum ein umfangreiches kommunistisches Sprengstofflager im Harz zwischen Bad Lauterberg und Sieber inmitten dichter Waldungen entdeckt worden. Das Sprengstofflager war in einem alten, nicht mehr benutzten Stollen untergebracht, dessen Eingang durch künstliche Umleitung einer Quelle unter Wasser gesetzt war. Etwa 60 Meter vom Eingang entfernt wurden 600 Kilogramm Sprengstoff mit den dazugehörigen Zündern gefunden.

*

:: **Ibbenbüren**, 17. März. **Ein versteinerter Baumstamm gefunden.** In dem Rothertschen Steinbruch am südlichen Abhange des durch seine Kohlenlager bekannten Schafberges wurde ein versteinerter Baumstamm von etwa 5 Meter Länge und einem halben Meter Stärke freigelegt, der sich in wagerechter Lage fand. Der Baum ist von herangeschwemmtem oder -gewehtem Sand eingeschlossen worden. Nachdem sich der Hostoff des gefallenen Stammes aufgelöst hatte, entstand in dem festgewordenen Sande eine der Form des Baumstammes entsprechende Höhlung. Diese wurde irge wie mit Sand — wohl im wässerigem Zustande — ausgefüllt, der nach dem Festwerden genau die Form des Baumstammes hatte, wie sie jetzt hier zu sehen ist. So spielte die Natur vor unschätzbarer Zeit die Rolles des Formers und Gießers.

× **Bielefeld**, 17. März. **Dürkopp stellt 200 Arbeiter ein.** Schon seit Dezember haben die hiesigen Dürkoppwerke einen guten Beschäftigungs- und Auftragsgrad zu verzeichnen. Aus diesem Grunde konnten in den letzten Tagen 200 Arbeiter neu eingestellt werden. Besonders stark ist die Nachfrage nach Spezialnähmaschinen und Fahrrädern.

Vermischte Nachrichten.

SA-Mann erschossen.

:: **Altona**, 17. März. In der Nähe der Stadtgrenze kam es gestern zu einer schweren Schießerei zwischen Kommunisten und SA-Leuten. Ein SA-Mann erhielt einen Bauchschuß, dem er heute früh im Krankenhaus erlegen ist. Mehrere Personen sind verhaftet worden.

Bekehrte Kommunisten.

tu **Landsberg** a. d. Warthe, 16. März. Die Führer der KPD in Landsberg haben die Erklärung abgegeben, mit dem Bolschewismus völlig zu brechen. Aus diesem Grunde lieferten sie Bilder, Fahnen, Transparente, ja sogar ihre Schalmeien an die NSDAP ab.

Breslauer Sechstagerennen.

Breslau, 17. März.

Im Gegensatz zu dem außerordentlich schlechten Besuch war der sportliche Erfolg der ersten Nacht des Breslauer Sechstagerennens ein großer. Den besten Eindruck in der ersten Nacht hinterließen Buschenhagen-Schön. Der Stand um 6 Uhr nach 7 Stunden (280,620 km) war folgender: 1. Siegel-Thierbach 33 Punkte, 2. Schön-Buschenhagen 19 P., 3. Preuß-Pijnenburg 18 P., 4. Funda-Maczinski 8 P., 5. Broccardo-Guimbretiere 3 P.; 1 Runde zurück: 6. Wolke-Resiger 16 P., 7. Braspenning-Müller 11 P., 8. Wals-Tietz 6 P.; 2 Runden zurück: 9. Ehmer-Rieger 3 P.; 3 Runden zurück: 10. Nickel-Kutz 11 P.; 5 Runden zurück: 11. Vopel-Kilian 11 P., 12. Kupke-Junge 4 P.; 7 Runden zurück: 13. Pietz-Hanke 19 Punkte.

Am Freitagnachmittag zeigten sich die Fahrer wieder sehr aktiv und besonders die weiter zurückliegenden Mannschaften zettelten immer wieder neue Jagden an. Am erfolgreichsten waren Vopel-Kilian, die allein drei ihrer Verlustrunden zurückgewinnen konnten. Rieger-Ehmer schlossen nach einiger Gegenwehr mit zur Spitzengruppe auf, die somit aus sechs Mannschaften bestand.

Radfernfahrt Paris-Nizza.

Französischer Sieg in der vierten Etappe.

Die große Fernfahrt Paris—Nizza wurde am Freitag mit der vierten Etappe fortgesetzt. Die Strecke führte von Avignon nach Marseille über 204 km. 96 Fahrer stellten sich in den Morgenstunden dem Starter. Hatten in den ersten drei Etappen jeweils die Belgier die ersten Plätze belegt, so endeten diesmal zwei Franzosen in Front. Unterwegs hatte sich eine kleinere Spitzengruppe gebildet, die dem Felde etwa fünf Minuten Vorsprung abnahmen. Spurtsieger wurde in 6:49,00 Stunden Speicher vor seinem Landsmann Merviel und den Belgiern Demuysere, Castelains, van Nyffelberghe und De Nyck.

Aus Münster und dem Münsterland.

25 Jahre Landesmuseum der Provinz Westfalen.

△ **Münster, 17. März.**

Vor einem Vierteljahrhundert am Gertrudistag wurde das in vierjähriger Arbeit (1904—07) nach den Plänen des hannoverschen Architekten Schaedtler erbaute Landesmuseum der Provinz Westfalen durch einen feierlichen Festakt seiner Bestimmung übergeben, der es bis heute in stets steigendem Maße sehr zum Vorteil der westfälischen Lande gedient hat. Auf Grund und Boden des 1861 erbauten Ständehauses und zweier alter Domkurien errichtet, wurde sein Aeußeres gestaltet in Anlehnung an Motive münsterischer Bauten aus dem Uebergange von der Spätgotik zur Frührenaissance. Schon seit dem Jahre 1905 war der erste Direktor des Landesmuseums Dr. Brüning mit der Einrichtung betraut worden. Seine Sorge war es vor allem, die Räume und Sammlungen so zu gestalten, daß sie eine gute Uebersicht boten. Den Grundstock der Einrichtungen bildeten die Kunstsammlungen des 1825 gegründeten Vereins für Geschichte und Altertumskunde Westfalens (Abt. Münster), des 1831 gegründeten Westfälischen Kunstvereins und des 1872 gegründeten Provinzialvereins für Wissenschaft und Kunst. Vor allem unter der jetzt 22jährigen Tätigkeit des jetzigen Direktors, Prof. Dr. Max Geisberg, wurde mit regem Fleiß auf die Vervollständigung der Sammlungen, vor allem der westfälischen Kunst, hingearbeitet, und mit Stolz darf man von unserem Landesmuseum sagen, daß heute an keiner Stelle in ganz Deutschland die Blütezeit westfälischer Malerei des 15. und 16. Jahrhunderts so gut studiert und genossen werden kann, wie im Landesmuseum zu Münster. Nicht unerwähnt aber möchten wir lassen, daß durch die Tätigkeit des Leiters der prähistorischen Abteilung Direktorialassistenten Dr. Stieren, die ursprünglich in zwei Räumen des Untergeschosses untergebrachte vorgeschichtliche Abteilung so erheblich bereichert worden ist, daß ein eigenes Gebäude dafür bereitgestellt werden mußte.

Der „Kaiserhof" in Münster zwangsversteigert.

Die städtische Sparkasse gibt das Höchstgebot mit 250 000 Mark ab.

♀ **Münster, 17. März.**

Vor dem Amtsgericht Münster fand am Freitag morgen unter dem Vorsitz des Gerichtsassessors Biesing die angekündigte Zwangsversteigerung des weit über Münsters Grenzen hinaus bekannten Hotels „Kaiserhof", dessen Inhaber Herr Försterling ist, statt. Die in seinen Auswirkungen auf das Wirtschaftsleben verheerend wirkende Krise hat auch vor diesem großen Betriebe nicht Halt gemacht und ihn, wenn auch langsam, so doch unablässig so weit heruntergebracht, daß er jetzt zur Versteigerung kommen mußte. Der ganze Besitz ist mit rund 410 000 Mk. belastet. Die Sparkasse der Stadt Münster ist hieran mit annähernd 300 000 Mk., nämlich rund 282 000 Mk., am meisten beteiligt. Es folgen sodann die Dortmunder Thierbrauerei mit 110 000 Mark und die Stadthauptkasse Münster, die an rückständigen Steuern noch 12 000 Mk. zu fordern hat. Interessenten waren für die Ansteigerung die Städtische Sparkasse und die Dortmunder Thierbrauerei. Das letzte Gebot der Sparkasse belief sich auf 250 000 Mk. Die Entscheidung über dieses Gebot wird am Freitag, den 31. März, fallen, wo auf Zimmer 34c des Amtsgerichts der Zuschlag erteilt werden soll.

Ein alter Streit erledigt.

Generalmusikdirektor von Alvenburg auch in der Berufungsinstanz verurteilt.

✝ **Münster, 17. März.**

Der Streit zwischen dem früheren Städtischen Generalmusikdirektor Dr. Ritter von Alvenburg und dem Musikvereinsvorstande war vor über Jahresfrist Gegenstand einer Verhandlung vor dem münsterischen Amtsgericht, wo Verlagsbuchhändler Dr. Ed. Hüffer, Vorsitzender des Musikvereins und Vertreter des Musikvereinsvorstandes, als Privatkläger gegen den städtischen Generalmusikdirektor auftrat. Der Beklagte wurde damals wegen Beleidigung des Musikvereinsvorstandes zu einer Geldstrafe von 75 Mark verurteilt. Die Beleidigung wurde in einer Versammlung des Musikvereinschores ausgesprochen, als hier der Beklagte erklärte: „Mein persönliches Anstandsgefühl verbietet es mir, mich mit dem Vorstande des Musikvereins an einen Tisch zu setzen."

In der Berufungsverhandlung vor der Kleinen münsterischen Strafkammer, die als letzte Instanz für diesen Prozeß in Frage kam, nachdem vorher die Beschwerdekammer einen Antrag auf Einstellung des Verfahrens abgelehnt hatte, führte der Vertreter des Beklagten in seinem Plädoyer aus, daß die Aeußerung, die dem Beklagten zur Last gelegt würde, aus dem Zusammenhang herausgerissen worden sei und daher entschieden schärfer wirke, als sie in Wirklichkeit gewesen sei. Es handele sich hier um einen landläufigen Ausdruck, dem das Moment der Herabsetzung, welches Tatbestand der Beleidigung sei, fehle. Nach seiner Auffassung wäre diese Aeußerung nicht im Mai, sondern im Juni gefallen, zu einer Zeit, wo auch der Theater- und Musikausschuß sich eingehend mit der Krise im münsterischen Musikleben befaßt gehabt hätte. Der Angeklagte habe auch in Wahrung berechtigter Interessen gehandelt; es sei sein gutes Recht gewesen, sich gegen die zu Unrecht erhobenen Angriffe zu wehren. Des weiteren behauptete der Vertreter des Beklagten, daß die Absicht der Beleidigung fehle und er beantragte deshalb zunächst die Einstellung des Verfahrens gemäß Paragraph 7 der Notverordnung oder die Freisprechung des Angeklagten.

Die Kleine Strafkammer kam zu einer Zurückweisung der Berufung des Angeklagten. Das Gericht stellte fest, daß die von dem Beklagten getane Aeußerung zweifellos eine Beleidigung darstelle. Zweifellos habe der Angeklagte damit berechtigte Interessen wahrnehmen wollen; denn es handelte sich für ihn um seine Existenz, seine Wiederanstellung bei der Stadt, aber aus der Form der Aeußerung gehe die beleidigende Absicht hervor. Wenn der Angeklagte lediglich seine Interessen hätte wahrnehmen wollen, hätte er das in anderer Form tun müssen. Infolgedessen stehe ihm der Paragraph 193 nicht zur Seite. Die vom ersten Richter erkannte Strafe hielt das Gericht für angebracht. Das Urteil wurde damit rechtskräftig.

Krankenhaus in Flammen.

✝ **Nordwalde, 17. März.**

Freitag morgen gegen 11 Uhr stand das Dachgeschoß des hiesigen Krankenhauses plötzlich in hellen Flammen. Der Brand griff mit großer Gewalt um sich, so daß man auch noch die Altenberger und Borgborster Feuerwehr alarmieren mußte, die schon in kürzester Zeit mit zwei Motorspritzen zur Stelle waren. Inzwischen hatten sich die Bewohner von Nordwalde nahezu vollständig versammelt, um den im Hause liegenden Kranken, etwa 30 Personen, behilflich zu sein. Es gelang auch, alle Insassen des Krankenhauses in anliegende Wohnhäuser zu schaffen.

Bad Dürrheim (Schwarzwald)

verzeichnete für den Monat Februar 1933 238 Neuankünfte von Gästen und 7739 Uebernachtungen. Bis 1. März 1933 betrug die Zahl der angekommenen Gäste 526 mit 15 686 Uebernachtungen.

Obschon Nordwalde keine Wasserleitung hat, gelang es doch in verhältnismäßig kurzer Zeit, des Feuers Herr zu werden. Ein neben der Pastorat liegender Teich lieferte 10 Schlauchleitungen genügend Wasser, um nach etwa zweistündiger Bekämpfung das Feuer zu ersticken. Das Dachgeschoß ist vollständig vernichtet, auch die unteren Räume wurden vom Wasser stark beschädigt. Die Schlafräume der Schwestern, die sich im oberen Geschoß befinden, waren vollständig ausgebrannt. Es wird immerhin einige Zeit dauern, bis man die Kranken wieder ins Krankenhaus schaffen kann. Ueber die Ursache des Brandes kann noch nichts Bestimmtes gesagt werden.

Der Schmuggel blüht.

× **Coesfeld, 17. März.**

Das Coesfelder Schöffengericht konnte heute in neun Verhandlungen wegen Bandenschmuggels insgesamt 3 Automobile, 40 Zentner Weizen, 8 Zentner Tabak, rund 1 Zentner Kaffee und über 2 000 Zigaretten einziehen und die Schmuggler mit erheblichen Geld- und Freiheitsstrafen belegen. Sämtliche Freiheitsstrafen wurden auf eine Bewährungsfrist von drei Jahren gesetzt.

Sühne für Landfriedensbruch.

⊙ **Bocholt, 17. März.**

Vor dem Coesfelder Schöffengericht hatten sich am Freitag drei Kommunisten aus Bocholt wegen schweren Landfriedensbruchs und Mißhandlung zu verantworten. Anläßlich eines Auflaufs vor der Hammersenschen Fabrik hatten einige Kommunisten in der Mittagszeit den nationalsozialistischen Obermeister des Betriebes überfallen und mißhandelt. Die Haupträdelsführer wurden wegen schweren Landfriedensbruchs und verbotenen Waffenbesitzes zu einer Gefängnisstrafe von 9 Monaten bezw. 7 und 5 Monaten verurteilt. Das Gericht ließ angesichts der Tatumstände noch einmal Milde walten und machte von einer Zuchthausstrafe keinen Gebrauch.

*

✝ **Münster, 17. März. Personalien der Lehrkräfte im Regierungsbezirk Münster.** Endgültig angestellt als technische Lehrerin: Elisabeth Rose in Gescnkirchen und Klara Brunzel in Münster. — In den Ruhestand versetzt sind: Lehrerin Berta Rickmering in Beckum zum 1. Mai 1933 und Konrektor Franz Golüke in Stadtlohn zum 1. Juli 1933.

△ **Münster, 17. März. Versteigerung von Abmelkkühen.** Die Münsterländer Herdbuchgesellschaft veranstaltete gestern mittag in der Halle Münsterland ihre 52. Versteigerung von Abmelkkühen und Rindern, die recht gut besucht war. Aufgetrieben waren 68 Kühe und 10 Rinder, verkauft wurden in der Versteigerung und später unterhändig 53 Kühe und sämtliche Rinder. Der Durchschnittspreis war bei Kühen 311, bei Rindern 228 Mark, der niedrigste Preis bei Kühen 210, bei Rindern 170 Mk. Von den Kühen erzielte den höchsten Preis mit 470 Mk. „Wanderin" (Bes. Budde-Bertling, Limbergen bei Buldern), von den Rindern „Dora" (Bes. Karl Imhorst in Altenberge) mit 280 Mk. Die Versteigerung nahm einen flotten Verlauf. Die nächste Abmelkversteigerung ist am 20. April.

✝ **Riesenbeck, 17. März. Dammbruch am Dortmund—Ems-Kanal.** Am Mittwoch abend gegen 10 Uhr erfolgte plötzlich bei der Kanalbrücke in Bergeshövede ein Dammbruch. Das Wasser brach mit großer Wucht durch und bahnte sich schnell einen Weg. Menschenleben sind hierbei zum Glück nicht zu Schaden gekommen. Der Durchbruch ereignete sich kurz vor Schluß der zweiten Tagesschicht. Bekanntlich wird hier schon längere Zeit an der Erbreiterung des Kanals gearbeitet.

✝ **Borghorst, 17. März. Die gefährliche Kreissäge.** Der erst 16jährige Lehrling Hengstmann, der einzige Sohn des Kutschers Franz Hengstmann, hat sich am Freitag nachmittag in der Schreinerei der Firma A. Kock an der Kreissäge vier Finger der linken Hand abgeschnitten. Der Bedauernswerte fand Aufnahme im Krankenhaus.

Reichskommissar für Schaumburg-Lippe Matthei Landrat des Landkreises Recklinghausen.

Wie wir von nationalsozialistischer Seite erfahren, ist der Reichskommissar für Schaumburg-Lippe, der Beigeordnete des Amtes Marl im Landkreis Recklinghausen Matthei zum kommissarischen Landrat dieses Landkreises ernannt worden. Matthei war früher in den heute eingemeindetem Gebiet von Dortmund-Land, kommunal-politisch tätig. Sein Vater war vor dem Kriege Oberbürgermeister in Hamm. Er selbst ist Provinziallandtagsabgeordneter von Westfalen und Kreisabgeordneter des Landkreises Recklinghausen. Nach der Umgemeindung 1929 kam er nach Marl als Beigeordneter.

Aus dem Westfälischen Provinzialausschuß.

Die Finanz- und Kassenlage der Provinz. – Beschlüsse zur Arbeitsbeschaffung aus dem Gereke-Programm: Emsausbau und Lörmecke-Wasserleitung.

✝ **Münster, 17. März.**

Der Westfälische Provinzialausschuß trat gestern im Landeshause zu Münster zu einer Sitzung zusammen.

Wie uns die Pressestelle des Landeshauptmanns der Provinz Westfalen mitteilt, nahm der Provinzialausschuß einen Bericht des Finanzdezernenten über die Entwicklung der

Finanzlage der Provinz

in den beiden letzten Jahren 1931 und 1932 entgegen. Die Provinzialverwaltung hat sich mit Erfolg bemüht, in Fortführung der vorsichtigen Finanzgebarung der früheren Jahre die auch im Jahre 1932 infolge der allgemeinen wirtschaftlichen Lage zwangsläufig eingetretene Minderung der Einnahmen durch ein alle Abteilungen und Aufgabengebiete des Provinzialverbandes umfassendes Sparprogramm auszugleichen. Daß es sich hierbei um die Durchführung einer besonders schwierigen finanziellen Aufgabe handelte, geht daraus hervor, daß die Einnahmen des Provinzialverbandes bei den Reichssteuerüberweisungen und Dotationen im Jahre 1932 im Durchschnitt um rund 30 Prozent zurückgingen, daß ferner der Ausfall der Kraftfahrzeugsteuer 10 Prozent und bei der Provinzialumlage mindestens 20 Prozent betragen wird. Bemerkenswert ist, daß durch die Ausgabensenkungen der letzten Jahre der Provinzialhaushalt sich nahezu dem Haushalt des Jahres 1925 genähert hat und daß er auf Grund des in der Sitzung gegebenen Ausblickes im Rechnungsjahr 1933 unter den Ansätzen des Jahres 1925 liegen wird. Bezüglich der Höhe der Provinzialumlage ist festzustellen, daß die Provinz Westfalen mit dem jetzigen Prozentsatz von 11,46 Proz. an der zweitniedrigsten Stelle unter allen preußischen Provinzen steht. Die Beratung des bei der Verwaltung in Vorbereitung befindlichen Haushaltsplanes für das Rechnungsjahr 1933 und die Entscheidung über ihn wird durch die demnächst neu zusammentretenden Beschlußkörperschaften erfolgen.

Die Kassenlage

des Provinzialverbandes ist infolge der bekannten Schwierigkeiten der Stadt- und Landkreise, insbesondere des Industriegebietes, unverändert schwierig. Die Rückstände der Stadt- und Landkreise beim Provinzialverband betragen zur Zeit 10,5 Millionen Mark, davon sind 3,5 Millionen Mark rückständige Pflegegelder und 7 Mill. Mark Rückstände an Provinzialumlage einschließlich der Rückstände auf diesen beiden Gebieten aus dem Jahre 1931. Auf die ständig erstatteten Berichte und Eingaben der Provinzialverwaltung an die in Frage kommenden Ministerien hat der Kommissar des Reiches im preußischen Innenministerium kürzlich mitgeteilt, daß die Wiederherstellung geordneter Finanz- und Kassenverhältnisse bei den Provinzen nur im Rahmen der Sanierung der Finanzen sämtlicher Gemeinden und Gemeindeverbände erfolgen könne.

Der Provinzialausschuß nahm ferner Kenntnis von dem

Abkommen mit dem Siedlungsverband Ruhrkohlenbezirk

für das Rechnungsjahr 1933 über finanzielle Beihilfen der Provinzen Rheinland und Westfalen zur weiteren Durchführung des Verbandsstraßenbaues. Durch dieses Abkommen ist die Frage der planmäßigen Gemeinschaftsarbeit zwischen dem Siedlungsverband Ruhrkohlenbezirk und den beiden Provinzen vorläufig geregelt.

Der Provinzialausschuß befaßte sich dann mit einigen wichtigen

Fragen der Arbeitsbeschaffung auf Grund des Gereke-Programms.

Die Möglichkeiten der Arbeitsbeschaffung durch den Provinzialverband liegen in erster Linie auf dem Gebiete des Straßenbaues und der Meliorationen, Flußregulierungen und des Baues ländlicher Wasserleitungen. Von dem im Arbeitsbeschaffungsprogramm Gereke vorgesehenen Gesamtbetrage von 500 Millionen Mark sollen bekanntlich 200 Millionen für Straßenbauzwecke, Brückenbauten usw. Verwendung finden. Von diesen 200 Millionen Mark entfallen auf Westfalen 15 Millionen Mark. Dem Provinzialverband soll aus diesen 15 Mill. Mark ein Betrag von etwa 3 Mill. Mark für seine Arbeitsbeschaffungsunternehmen im Straßenbau zugeteilt werden. Der Provinzialausschuß beschloß dementsprechend die Aufnahme eines Darlehens bis zur Höhe von 3 Mill. Mark aus Mitteln des Arbeitsbeschaffungsprogramms Gereke für die Ausführung dringender Arbeiten auf den Provinzialstraßen im Rechnungsjahre 1933.

Im Arbeitsbeschaffungsprogramm Gereke sind ferner 200 Mill. Mark für Meliorationen, Flußregulierungen, landwirtschaftliche Wasserleitungen und dergleichen vorgesehen. Ein Betrag von 80 Mill. Mark entfällt hiervon auf Preußen, das zunächst nur 20 Mill. Mark für gemeindliche und genossenschaftliche Meliorationen beansprucht (ein erheblicher Teil wird für staatliche Arbeiten übernommen). Auf Westfalen entfällt ein Betrag von 3—4 Mill. Mark für Darlehen, die von den Trägern der Unternehmen (Provinz, Städte, Kreise, Genossenschaften usw.) aufzunehmen sind. Aus diesem Betrage beabsichtigt der Provinzialverband in erster Linie für den Ausbau der Ems und für die Wasserversorgungsanlage für die Haardörfer in den Kreisen Lippstadt, Soest und Arnsberg aus den Lörmeckequellen Darlehnsbeträge anzufordern. Nach den zur Zeit vorliegenden Anträgen und den gesetzlichen Bestimmungen sind Meliorationsausführungen des Provinzialverbandes, der Städte, Kreise und Genossenschaften usw. in Westfalen geplant, deren Gesamtkosten sich auf 5,58 Mill. Mark belaufen. An Darlehen aus dem Gereke-Programm sollen für diese Arbeiten im ganzen 3,25 Mill. Mark beantragt werden. Der Provinzialausschuß nahm von diesen Arbeitsbeschaffungsplänen Kenntnis und beschloß die Aufnahme eines Darlehens von 300 000 Mk. für den Ausbau der Ems, an dessen Rentendienst sich der Staat zur Hälfte beteiligt, sowie die Uebernahme des Rentendienstes für einen Darlehnsbetrag von 437 000 Mk. für die im übrigen von den Trägern der Unternehmen aufzunehmenden insgesamt 2,95 Mill. Mark Darlehen für Meliorationen usw. in der Provinz Westfalen.

Einen weiteren für die Arbeitsbeschaffung bedeutsamen und insbesondere für die Kreise Tecklenburg und Steinfurt wichtigen Beschluß faßte der Provinzialausschuß, indem er die Aufnahme eines Darlehens in Höhe von 368 000 Mk. aus Mitteln des Gereke-Programms für den

Ausbau der Kleinbahn Piesberg—Rheine

genehmigte. Der Ausbau der Kleinbahn Piesberg—Rheine zur Regelspur beschäftigt die beteiligten Stellen schon seit mehr als 10 Jahren. Infolge der großen wirtschaftlichen Schwierigkeiten, insbesondere des Jahres 1931, ergab sich immer wieder eine Verzögerung in der Beschaffung der Mittel. Nunmehr ergibt sich die Möglichkeit, aus dem Arbeitsbeschaffungsprogramm Gereke die für den Umbau der Kleinbahn notwendigen Mittel zu beantragen, indem Reich, Staat, Provinz, Kreis und Gemeinden die noch nicht eingezahlten Beteiligungen sich im Darlehnswege beschaffen und der Bahn zur Verfügung stellen. Der Provinzialausschuß hat durch seinen jetzigen Beschluß genehmigt, daß die Provinz sich auf diesem Wege den Betrag von 368 000 Mk. beschafft. Der Umbau der Bahn ist für die betreffenden Gebiete von großer volkswirtschaftlicher Bedeutung, da sowohl für die Landwirtschaft als auch für die Industrie ein vollwertiges Verkehrsmittel geschaffen wird. In diesem Zusammenhange sei erwähnt, daß auch noch auf anderen Gebieten unter Mitwirkung des Landeshauptmanns Bemühungen um die Arbeitsbeschaffung im Gange sind, u. a. sind die Verhandlungen wegen des Bahnbaues Witten—Schwelm wieder aufgenommen.

Der Provinzialausschuß genehmigte ferner den Verwaltungsbericht und Rechnungsabschluß der Provinzialfeuersozietät für 1931 und nahm eine Reihe von Ersatzwahlen für verschiedene Ausschüsse vor.

Der jetzige Provinzialausschuß wird in seiner nächsten und letzten Sitzung voraussichtlich Anfang April zusammentreten, in der er nach den gesetzlichen Vorschriften noch das Ergebnis der Neuwahlen festzustellen hat.

Der neue Provinziallandtag dürfte aller Voraussicht nach in der letzten Aprilwoche zusammentreten.

Bombenanschlag im irischen Freistaat

:: **London, 17. März.** In Dundalk wurde gestern abend auf einen von Dublin kommenden Autobus eine Bombe geworfen, deren Explosion das Fahrzeug schwer beschädigte. Eine Person wurde schwer, eine zweite leicht verletzt.

Berliner Chronik.

Eine annehmbare Wette. — Der 400 Mark-Wein. — Teeblonde Stromlinie. — Jig Saw, die neue Leidenschaft.

Man kann in Berlin, so schlecht sein kulinarischer Ruf auch ist, genau so gut essen und trinken wie in den hochberühmten gastronomischen Kultstätten von Paris, Wien und den anderen Metropolen. Die oft beklagte Nivellierung dieser Welt hat es mit sich gebracht, daß auch in den Qualitäten ein internationaler Ausgleich eingetreten ist und daß sich natürlich auch die Preise überall angeglichen haben. Wer ein kleines Vermögen daransetzt, die Höchstleistungen von Küche und Keller kennen zu lernen und sich einzuverleiben, der bekommt so ziemlich in der ganzen Welt das Gleiche. Nur in den Getränken alkoholischer Natur bestehen gewisse durch Klima und Gesetze bestimmte Unterschiede. Aber die von solchen Unterschieden Betroffenen, wie z. B. die Amerikaner, denen durch die nunmehr überstandene Prohibition der direkte Zugang zum Schwips erschwert war, wußten und wissen sich zu helfen. Sie taten sich entweder an Ersatzmitteln gütlich, oder sie verließen die ungastliche Heimat.

So ein freiwilliger Emigrant aus USA betrat kürzlich eines der interessantesten Berliner Lokale, eine verschwiegene Kneipe, die stolz den Vergleich mit den Weltwundern der Gastronomie aufnimmt. Das Lokal liegt mitten in der Stadt, Unter den Linden, und ist doch so versteckt zwischen den Häusern und Höfen der City, daß nur der Eingeweihte hinfindet. Den Wirt dieses Lokals läßt der Amerikaner holen und von ihm verlangt er den besten Wein, der sich im Keller findet. Dem Herrn des Hauses bereitet dieser Wunsch einige Verlegenheit. Er hat nämlich noch eine Flasche, eine ganz besondere Flasche, eine Spezialität, wie es sie kaum mehr gibt, und für dieses Fläschchen hat er im Einkauf nicht weniger als 380 Mark bezahlen müssen. Das war vor vielen Jahren, heute wagt er begreiflicherweise diesen Preis nicht zu fordern. Also bereitet er den Gast schonend vor, erzählt ihm den Fall und bietet ihm den Götterwein schließlich für 200 Mark an.

Der Gast jedoch lehnt entschieden ab. Nicht den Wein, sondern nur den Preis, er will die 380 Mark bezahlen, selbstverständlich, da gibt es gar keine weiteren Erklärungen, her mit der Flasche! Und feierlich wird sie geholt und serviert, und ehrfurchtsvoll verfolgt man jeden Schluck, den der unvergleichliche Mann aus Amerika hinter den Knorpel gießt. Langsam trinkt er sie aus, und das noch viel Unwahrscheinlichere geschieht: er bezahlt sie auch! Er hat weder seine Brieftasche verloren, noch bekennt er sich zynisch zur totalen Zahlungsunfähigkeit.

Was sonst vom Ausland, speziell von jenseits des Ozeans in diesen Tagen bei uns eingeführt worden ist, ist so harmlos, daß man es ohne Bedenken weitersagen darf: Teeblond und Jig-Saw. Wer sich darunter nichts besonderes vorstellen kann, der erfahre hiermit zum erstenmal — bitte keine Erschütterungen zu verraten! — daß es sich um zwei umwälzende Neuheiten handelt, von denen die eine geeignet und bestimmt ist, unsere Frauen umzuwandeln, während die andere unserem Dasein einen neuen Sinn geben wird.

Teeblond ist die neue Haarfarbe. Sie wird nicht durch Wasserstoff, sondern durch Teeaufgüsse erzeugt, ist ein mattes, warmes Blond, nicht so strohgelb wie das bisher beliebte Favorit und nicht so weißlich kalt wie das gespenstische Platinblond. Aber nicht allein die Farbe ändert sich; auch die Frisur muß dran glauben. Und welche andere Form käme für sie in Betracht, als das durch das moderne Auto geradezu vorgeschriebene „Stromlinienfason"? Sie hat, wie die Börse, eine aufsteigende Tendenz, fließende Locken, die in halber Höhe sitzen, betonen den Hinterkopf und rufen die Illusion eines lockeren Knotens hervor.

Das andere Rätselwort nun, Jig-Saw, entpuppt sich als der Nachfolger von Jo-Jo. Es ist ein Spiel, das von den Amerikanern so völlig Besitz ergriffen hat, daß die Bankenkrise und alle anderen brennenden Fragen der Wirtschaft und Politik dagegen gar nicht aufkommen können. Es ist das ganz gewöhnliche und längst [illegible] Puzzlespiel, jenes Geduldspiel mit ausgeschnittenen Holz- oder Pappstücken, die man zu einem Ganzen zusammenfügen muß. Wie ungeheuer das Jig-Saw in den Vereinigten Staaten grassiert, geht daraus hervor, daß eine einzige Fabrik zur Zeit eine halbe Million solcher Spiele in der Woche erzeugt. Und noch immer ist der Bedarf nicht gedeckt.

Und da uns nichts erspart bleibt, werden wir nun auch durch diesen Unfug hindurchmüssen. Aber nur Kopf hoch! Wir haben das Jo-Jo ertragen und seither noch vielmehr. Die Moden kommen und gehen, ob Platin oder Tee, ob das Scheibchen- oder das Puzzlespiel, was immer zur tollen Leidenschaft wird, dessen Zeit ist bemessen. Und je toller, desto kürzer bemessen.

Peter Pelikan.

Zu dick!

Das Schreckgespenst unserer Zeit.

Die Fettleibigkeit ist, abgesehen von der Modestörung, ein Leiden, das in seinen ärgeren Graden durchaus der Behandlung bedarf. Einmal aus kosmetischen Gründen, weil die Betreffenden unter der Entstellung seelisch und evtl. auch beruflich zu leiden haben, dann aber weil ein zu starker Körperumfang eine ganze Reihe von Erkrankungen nach sich ziehen kann, die dem Allgemeinbefinden schaden, wie Plattfüße, Neuralgien, Ueberanstrengung des Herzens, Atmungsbeschwerden, Hauterkrankungen, Verdauungsstörungen usw. Sowohl für die genannte innere Fettleibigkeit, wie für die äußere Fettleibigkeit in geeigneter Weise vorgehen zu können, ist durchaus möglich, wenn man Maß in der Ernährung, im Alkohol und in der Bequemlichkeit hält und wenn man ein Anregungsmittel für die Fettabsonderung anwendet, das andererseits für Herz, Nieren und Darm völlig unschädlich ist. Tora-Tee kann hierzu als sicher wirkend empfohlen werden. Es gibt zwei Sorten Tora-Tee, normal und Extra für Stuhlverstopfung nur in Originalpaketen, die man in der Drogerie erhält.

Eine zeitgemäße Ueberlegung.

Von den vielen auf dem Markt befindlichen Stickstoffdüngemitteln kommt dem Kalkstickstoff besondere Bedeutung zu, da er bei entsprechender Preiswürdigkeit durch seine verschiedenen Nebenwirkungen einen Anreiz zu seiner Verwendung bietet. Bekanntlich wird der Kalkstickstoff in 2 Gehaltslagen geliefert, und zwar in Gehaltslage A mit 20—21 Prozent Stickstoff und Gehaltslage B mit 23—24 Prozent Stickstoff. Beide Formen haben daneben einen Gehalt von ca. 60—65 Prozent Kalk in hochwirksamer Form. Das bedeutet, daß mit 100 Klg. Kalkstickstoff eine Kalkmenge von ca. 60—65 Klg. hochprozentigem Branntkalk in den Boden gebracht wird, dessen Wert nicht zu unterschätzen ist. Einen weiteren Anreiz für die Verwendung des Kalkstickstoffs bieten seine spezifischen Nebenwirkungen, wie die Vernichtung pflanzlicher und tierischer Schädlinge, die ohne Beeinträchtigung der Düngewirkung durch eine entsprechende Anwendungsweise des Kalkstickstoffs erzielt werden. So können vor allem die lästigen Unkräuter des Wintergetreides, wie Windhalm, Wicke, Kornblume u. a. durch eine einfache Kopfdüngung der abgetrockneten Kulturen mit etwa 150 Kilogramm Kalkstickstoff/ha erfolgreich bekämpft werden. Diese Unkrautbekämpfung mit Kalkstickstoff bietet erst die Voraussetzung für die volle Ausnutzung des Stickstoffs durch die Kulturpflanzen und die Erzeugung hochwertiger Marktware.